



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung



Miteinander

Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

Juniorwahl



Rechtsextremismus und Wahlen

Eine Handreichung für Pädagoginnen und Pädagogen zur Juniorwahl

2. aktualisierte Auflage

Vorwort

Auf kaum einem Feld der Politik war der Rechtsextremismus in Deutschland über lange Zeit so erfolglos wie in den Parlamenten. Dort gelang es ihm über Jahrzehnte nicht, sich auf Dauer in Länderparlamenten zu etablieren, im Bund ist es bis heute nicht geglückt. Doch in immerhin zwei Ländern, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, ist es der rechtsextremen NPD gelungen, in nunmehr zweiter Legislaturperiode in den Landtag gewählt zu werden, hinzu kommen bundesweit zahlreiche Kommunalpolitiker. Grund genug, das Thema Rechtsextremismus auch im Kontext der Juniorwahl aufzurufen und ein Angebot zur Auseinandersetzung mit den Argumentationsmustern und Arbeitsweisen rechtsextremer Parteien in Deutschland im Rahmen des Projekts sowie in der schulischen Bildungsarbeit insgesamt zu machen. Auch die Ergebnisse zurückliegender Juniorwahlen zeigen deutlich, dass in so mancher Schule überproportional viele Jugendliche ihr Kreuz bei einer rechtsextremen Partei machen, dass sollte - ebenso wie die realen Wahlergebnisse in der Zielgruppe der Erst- und Jungwähler – Grund genug sein, sich dem Thema zu stellen und eine kritische Auseinandersetzung mit den verfassungsfeindlichen Zielen rechtsextremer Parteien zu fördern.

Im Mittelpunkt unserer Handreichung steht dabei die Auseinandersetzung mit den Argumentationsmustern und Interventionsmethoden der rechtsextremen NPD, einer Partei, über deren Verbot allenthalben zwischen Ländern und Bund verhandelt wird, die aber nichtsdestotrotz nach wie vor die handlungsfähigste politische Kraft auf diesem Sektor ist und darum auch im Fokus des Aufklärungsinteresses steht. Ergänzt wird die Handreichung in der nun vorliegenden Form durch einen einführenden Aufsatz in Bezug auf die rechtsextreme Szene auf europäischer Ebene, um auch aktuelle Informationen zur Europawahl 2014 vorzulegen.

Mit der Handreichung wollen wir Ihnen Informationen und beispielhaftes Material zur Verfügung stellen, um sich im Projektverlauf der Juniorwahlen 2013 und 2014 mit dem Problem des Rechtsextremismus gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern auseinandersetzen zu können. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Durchführung des Projekts!

*Cornelia Habisch
Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Magdeburg
Geschäftsführerin des Netzwerks für Demokratie und Toleranz*

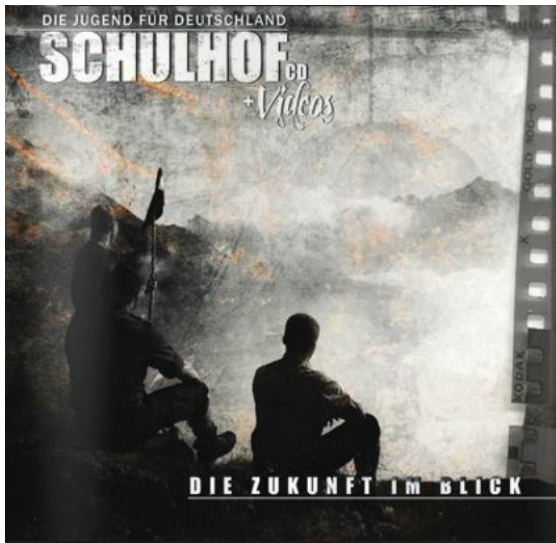
*Pascal Begrich
Miteinander e. V., Magdeburg
Geschäftsführer*

*Jana M. Wilkens
Projekt Juniorwahl, Berlin
Projektmanagerin*

Zielgruppe Jugend	Seite 2
Wie rechtsextreme Parteien versuchen, Erstwähler zu erreichen <i>Martin Langebach und Jan Raabe</i>	
Wer denkt eigentlich rechtsextrem?	Seite 4
Analyse zu rechtsextremen Einstellungen und Meinungen <i>Tobias Jaeck</i>	
Wer wählt die NPD?	Seite 7
Erfolgsbedingungen rechtsextremer Wahlparteien <i>Pascal Begrich</i>	
„Menschenrechtstümelei? Nein Danke!“	Seite 8
Programmatische Aussagen des Rechtsextremismus <i>Andreas Speit</i>	
Kampfort und Bühne	Seite 10
Das Verhältnis der NPD zum Parlamentarismus <i>Pascal Begrich</i>	
Ganz rechts bei der Europawahl	Seite 12
Rechtsextremismus in der EU <i>Andreas Speit</i>	
Sozialpolitik für die „Volksgemeinschaft“	Seite 14
Die parlamentarische Praxis der NPD in Sachsen <i>Anne Mehrer</i>	
Provozieren mit Präzision	Seite 16
Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern <i>Andreas Speit</i>	
Anregungen für die Praxis	Seite 18
Rechtsextremismus und Wahlen im Unterricht <i>Bernd Labza</i>	
Literaturhinweise	Seite 21
Anhang	Seite 22
Autoren	Seite 26
Impressum	Seite 27

Wie rechtsextreme Parteien versuchen, Erstwähler zu erreichen

Da stehen sie, einige Meter von der Schulpforte entfernt. Vier Leute – drei Jungs, ein Mädchen oder besser drei junge Männer und eine junge Frau. Jeder von ihnen hat einen Stapel mit irgendwas in der Hand. Jedem, der auf dem Weg zur ersten Stunde ist, bieten sie davon etwas an. Erst beim Näherkommen wird klar, was es ist – eine CD in schmaler Plastikverpackung. Das Cover ist bunt. „Kostenlos! Mal Reinhören?“ Viele greifen automatisch zu. „Kostet ja nichts.“ Hinter dem Eingang stehen Schülerinnen und Schüler in Gruppen zusammen. Reden aufgeregter. Schauen in Richtung der Verteiler. „Haste gesehen? NPD!“ Die Schülerversammlung ist auch da. Eine braune Biotonne hat sie aufgestellt. Jemand hat ein selbst gemaltes Schild dran gehängt: „Braune Tonne für braunen Müll“. Reihenweise fliegen die Wahlwerbegeschenke der rechtsextremen Partei hinein. Ein Neuntklässler stuppst seinen Klassenlehrer an, der auf dem Weg zum Unterricht hier auch stehen geblieben ist. „Was ist denn das für eine CD?“



Wurde von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften auf den Index gestellt: Die Schulhof-CD 2013 der Jungen Nationaldemokraten

Quelle: <http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/files/2012/11/Schulhof-CD-2013-Cover.jpg>

Die extreme Rechte hat erstmals im Frühsommer 2004 versucht, mit einer Gratis-CD auf sich aufmerksam zu machen. Die hieß damals „Anpassung ist Feigheit. Lieder aus dem Untergrund“. Hergestellt wurde sie von Freien Kameradschaften – Gruppierungen auf regionaler Ebene, in denen sich Neonazis jenseits der NPD organisieren. Ihr Ziel war es, mit dem Tonträger Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen und für ihre Ziele zu gewinnen. Unterstützt wurde die Herstellung dieser CD seinerzeit auch von verschiedenen Produzenten extrem rechter Musik, die sich selbst davon wohl eher neue Käuferschichten versprochen. „Schulhof-CD“ wurde die damals nicht nur genannt, weil sie „auf dem Schulhof“ verteilt werden sollte, sondern auch, weil die Produzenten eigens eine den Tonträger begleitende Website mit der Adresse www.schulhof.net eingerichtet hatten und sie ihr Vorhaben dem Namen „Aktion Schulhof“ gaben. Die Schulministerien, Lehrer und Eltern waren verunsichert. Dürfen die das? Warum machen die das? Wie soll man

denn reagieren? Die Medien berichteten umfangreich. Doch richtig verteilt wurde die CD nie. Bevor es dazu kam, hatte die Staatsanwaltschaft Halle an der Saale entschieden, dass diese nicht an Jugendliche verteilt werden dürfte. Begründung: Die CD ist schwer jugendgefährdend.

Doch die Idee, mit einem Gratisonträger Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen, stand im Raum – und wurde von der NPD aufgegriffen. Der medialen Aufmerksamkeit gewiss, präsentierte der sächsische Landesverband wenige Wochen vor der Landtagswahl 2004 eine CD mit dem plakativen Titel „Schnauze voll? Wahltag ist Zahntag“. 30.000 Exemplare wollte die Partei davon in Umlauf gebracht haben. Schließlich wählten 9,2 Prozent der sächsischen Wähler die NPD. An dem Wahlergebnis irritierte damals nicht nur das gute Abschneiden der Partei, sondern auch, dass vor allem Erst- und Jungwähler für sie stimmten. Dabei zeigen Studien zu rechtsextremen Einstellungen, dass eigentlich gerade diese Altersgruppe im Vergleich mit anderen am wenigsten rechtsextrem eingestellt ist. Die Entscheidung der jungen Leute, die NPD zu wählen, hat sicherlich nicht daran gelegen, dass sie von ihr vielleicht mal eine CD geschenkt bekommen haben – die Motive für eine Stimmenabgabe sind vielfältiger. Die NPD aber erkannte in der „Schulhof-CD“, wie sie ihr Produkt seitdem nennt, ein hervorragendes Mittel, um die Zielgruppe junge Erwachsene anzusprechen. Und sie weiß, dass eine solche Aktion, bei entsprechender öffentlicher Ankündigung ihrerseits, eine breite Berichterstattung nach sich zieht. Denn viele Menschen reagieren sensibel, wenn versucht wird, Jugendliche und junge Erwachsene zu manipulieren – nichts anderes tun die Bands und die Partei selbst auf diesen Tonträgern.

Neun derartiger CDs hat die NPD bisher veröffentlicht. Dies geschah immer dort, wo sie sich von einem Wahlantritt einen gewissen Erfolg versprach – wie bei der Landtagswahl 2011 in Sachsen-Anhalt, bei der die Partei nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte.

Die Partei verfolgt mit dem Gratis-Tonträger drei Ziele: Zuvorderst geht es ihr darum, mediale Aufmerksamkeit zu erhaschen, auch wenn es sich dabei um „schlechte Presse“ handelt. Wichtig ist ihr einzig, im Gespräch zu sein. Zweitens möchte sie Erst- und Jungwähler mit dem Werbegeschenk – denn nichts anderes ist die „Schulhof-CD“ – auf sich aufmerksam machen bzw. sie motivieren, für sie zu stimmen. Zuletzt verfolgt die NPD damit aber auch langfristige Ziele. Heute in diese Zielgruppe zu investieren, kann bedeuten, frühzeitig ein Potential von Stammwählerschaft aufzubauen. Der damit verbundene Aufwand ist relativ gering. Der Partei begegnen weite Teile der extrem rechten Musikszene wohlwollend, sie steuern gern ihre Songs bei. Für sie ist es zugleich eine gute Möglichkeit, eine breitere Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen. Die CD-Produktion kostet, gerade bei Auflagen im fünfstelligen Bereich, nur wenige Cent pro Stück. Und ab einem bestimmten Wahlergebnis kann die NPD mit der Erstattung ihrer Wahlkampfkosten rechnen – überspitzt formuliert heißt es, der Steuerzahler finanziert die „Schulhof-CDs“.

Allerdings hat sie nicht immer Glück mit ihren Gratis-CDs. Obwohl sie stets betont, die Tonträger würden vor Veröffentlichung von einem Anwalt rechtlich überprüft, musste die NPD ihre CD „BRD vs. Deutschland!“ (2009) zurückziehen, weil die RechtsRock-Band Hassgesang sich für den Song „Brot und Spiele“ einer Melodie der US-Pop-Band Blink 182 bedient hatte. Und der Tonträger „Freiheit statt BRD“ (2010) wurde von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert. Sie kam zum Ergebnis, „dass der CD zwar ein künstlerischer Gehalt und ein eigenes künstlerisches Konzept nicht abgesprochen werden [kann], diese aber einzig dem Zweck [dient], gerade die sozioethisch-desorientierenden Inhalte in ihrer Wirkung und Aussagekraft zu verstärken.“ Die Prüfstelle hebt vor allem auf die Songtexte der CD ab, „die die Ideologie des Nationalsozialismus propagieren bzw. verharmlosen sowie Homosexuelle und Migranten diskriminieren. Aus den Äußerungen spricht eine tiefe Missachtung Andersdenkender und Homosexueller sowie unserer benachbarten Völker. Das Erziehungsziel in unserer Gesellschaft ist darin zu sehen, dass Kinder und Jugendliche lernen sollen, andere Menschen zu tolerieren und zu respektieren, auch wenn diese anderen Ethnien, Religionen und Ideologien angehören [...]. Nach Ansicht des Gremiums ist daher die Jugendgefährdung, die von diesen Äußerungen und der darin zu erkennenden Geisteshaltung ausgeht, so erheblich, dass die Meinungsfreiheit gegenüber dem Jugendschutz zurückstehen muss.“

Die Auflage der „Schulhof-CDs“ sank in den letzten Jahren – dafür hat die NPD ihre Strategie der medialen Inszenierung und ihre Verbreitungswege kontinuierlich ausgebaut. Längst geht eine eigene Homepage online, wenn ein solcher Tonträger veröffentlicht wird. Auf ihr kann die Musik direkt angehört werden. Ein Download ist selbstverständlich auch möglich. Außerdem wird mit einem kleinen Videospot für die CD auf Youtube geworben und via Facebook auf die Neuerscheinung hingewiesen. Gerade die sozialen Netzwerke haben sich als Glücksfall für die Partei erwiesen – über die Kulturen des „liken“ und „teilen“ kann sie an die anvisierte Zielgruppe herantreten, ohne etwas tun zu müssen. Das machen die Facebook-Nutzer von sich aus. Und da sie in diesem „Mitmach-Angebot“ in der Regel Dutzende Freunde und Bekannte haben, können sich Hinweise auf den Werbeträger rasend schnell verbreiten.

Dennoch nutzt die NPD nach wie vor herkömmliche Verbreitungswege. In der Vergangenheit hat sie sich in manchen Bundesländern von den Einwohnermeldeämtern gezielt die Daten der Erstwähler (legal) besorgt und diese mit einem personalisierten Brief angeschrieben. Und sie hat in manchen Ländern die Schülervvertretungen mit einem direkt an diese adressierten Anschreiben informiert, so dass es von Seiten der Schulverwaltungen nicht geöffnet werden durfte. Jovial ist dabei die Anrede: „Liebe Schülerinnen und Schüler“, setzte beispielsweise Michael Schäfer in seinem Brief in Sachsen-Anhalt 2011 an. Damals war er Bundesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten. Ungeniert warb er für die NPD sowie deren Spitzenkandidaten und setzte gleichzeitig die demokratischen Parteien herab.

Geschickt versteht es die Partei, sich moderner Kommunikationsmedien und -kanäle zu bedienen. Ihre Angebote sind in der Regel schnell zu durchschauen, das extrem rechte Weltbild wird nur bedingt getüncht. Und doch gelingt es ihnen damit, Erstwähler anzusprechen: Weil sie die NPD „nicht so schlimm finden“ – die Partei sei ja schließlich nicht verboten. Weil sie manche Forderungen unterstützen – „das mit den Ausländern, da hätten sie ja schon Recht“. Weil sie sich als Ansprechpartner anbietet – „die anderen Parteien? Nie gesehen“. Weil es mit einem Votum für die NPD möglich ist, „denen da oben mal zu zeigen, dass das Mist ist, was sie machen.“

Analyse zu rechtsextremistischen Einstellungen und Meinungen

1.1 Messung von rechtsextremistischen Einstellungen

Rechtsextremismus wird in der Regel anhand von zwei Dimensionen untersucht:

- Die politische Dimension umfasst Einstellungen und Meinungen zum Nationalismus bzw. einem übersteigerten Patriotismus, einer Diktatur als Staatsform und der Verharmlosung des Nationalsozialismus.
- Die soziale Dimension misst Formen von Rassismus bzw. ausländerfeindliche, antisemitische und sozialdarwinistische Einstellungen¹.

Den befragten Personen wird eine Reihe von Aussagen zu den verschiedenen Dimensionen des Rechtsextremismus vorgelegt, die unterschiedlich beurteilt werden können. Jede Aussage kann befürwortet oder abgelehnt werden. Stimmt bspw. jemand der Aussage „Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen“ und weiteren ähnlichen Aussagen überwiegend zu, dann wird eine ausländerfeindliche Mentalität unterstellt. In gleicher Weise wird mit den anderen Dimensionen des Rechtsextremismus verfahren.

1.2 Ergebnisse des Sachsen-Anhalt-Monitors 2012

Ein Schwerpunkt des Sachsen-Anhalt-Monitors 2012 waren vor allem ausländerfeindliche Einstellungen. Für deren Untersuchung wurden den Bürgern 12 Aussagen zur Bewertung vorgegeben. Zehn dieser Fragen konnten auf Grund von Ähnlichkeitsmessungen in einem Ausländerfeindlichkeitsindex zusammengefasst werden. Der Index hat eine Spannweite von 1 (sehr geringe ausländerfeindliche Einstellungen) bis 5 (sehr starke ausländerfeindliche Einstellungen). Mit Hilfe von verschiedenen Analysen können nun diejenigen Faktoren ermittelt werden, die den größten Einfluss auf Ausländerfeindlichkeit ausüben. Dabei kann zwischen persönlichen Faktoren, wie Bildung, beruflichem Status, Alter, dem Wohnumfeld und bestimmten Einstellungen bzw. Meinungen unterschieden werden. Die Ergebnisse sind in den folgenden drei Diagrammen dargestellt.

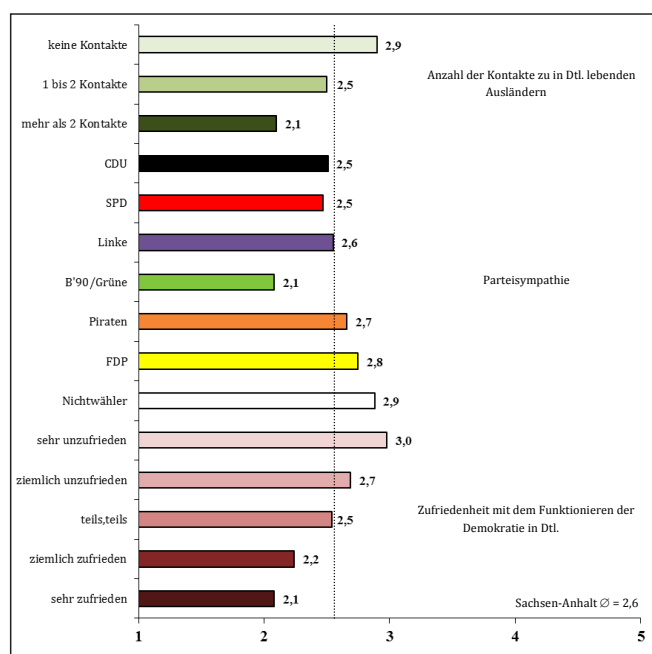


Abb. 1 Skala Ausländerfeindlichkeit nach Kontakten zu Ausländern, Parteisympathie, Bildung und Demokratiezufriedenheit² (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)

In Abbildung 1 wird deutlich, dass der Grad der Ausländerfeindlichkeit mit einem zunehmenden Umgang mit Ausländern deutlich abnimmt. Dies überrascht nicht, es bestätigt vielmehr die sogenannte Kontakthypothese, der zufolge die fremdenfeindliche Einstellungen dort besonders ausgeprägt sind, wo im alltäglichen Leben wenige oder gar keine Berührungspunkte zu Personen mit Migrationshintergrund vorhanden sind. Die Differenz zwischen den beiden am stärksten voneinander abweichenden Gruppen (kein Kontakt vs. mehr als zwei Kontakte) beträgt hier immerhin 0,8 Punkte auf der Skala für Ausländerfeindlichkeit.

Ähnlich starke Zusammenhänge zeigen sich bei der Betrachtung der Parteisympathie. Es wird anschaulich, dass die Anhänger der drei großen Parteien CDU, Linke und SPD sich in ihrer Grundeinstellung kaum voneinander und vom Landesdurchschnitt unterscheiden. Mit den Grünen Sympathisierende nehmen am wenigsten,

¹ Damit ergänzt die Definition von Rechtsextremismus das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) um die politische Dimension. Bei der GMF geht es vor allem um feindselige Einstellungen gegenüber gesellschaftlich „schwachen“ oder „anderen“ Gruppen (Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie, Homophobie, Abwertung sozial Schwacher etc.). Das verbindende Kennzeichen beider Ansätze ist die Verankerung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen.

² Der Wert der FDP muss auf Grund der geringen Fallzahl unter Vorbehalt interpretiert werden.

erklärte Nichtwähler hingegen am häufigsten ausländerfeindliche Positionen ein. Die Differenz der am stärksten divergierenden Gruppen beträgt hier ebenfalls 0,8 Punkte. Diese Ergebnisse bestätigen auch die Ergebnisse der Vorgängerstudien von 2007 und 2009.

Am deutlichsten jedoch wirkt sich die Zufriedenheit mit der Politik aus. Personen, die die Funktionsweise der Demokratie in Deutschland negativ beurteilen, zeigen sich deutlich offener für Vorurteile gegenüber Ausländern als diejenigen, die mit der Demokratie alles in allem zufrieden sind. Der Unterschied zwischen den „sehr zufriedenen“ und „sehr unzufriedenen“ beträgt hier sogar 0,9 Punkte. Im übertragenen Sinne heißt das, Politikverdrossenheit begünstigt ausländerfeindliche Einstellungen.

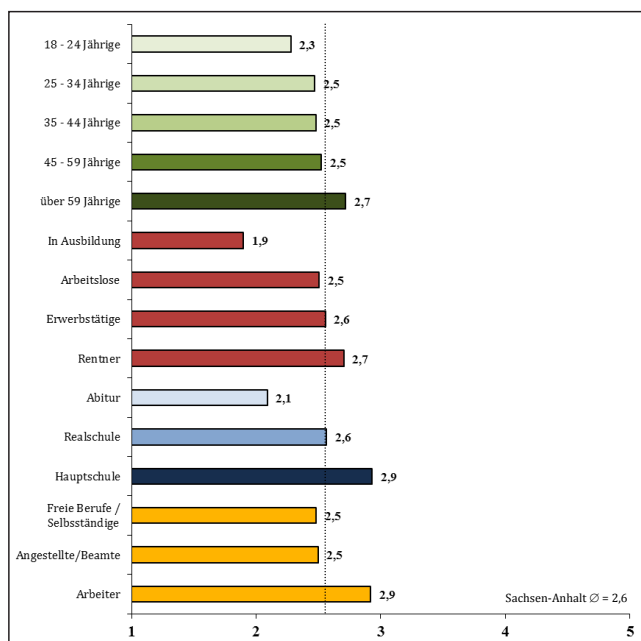


Abb. 2 Ausländerfeindlichkeit nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)

Das zweite Diagramm zeigt die Einflussstärken persönlicher Merkmale, welche im Durchschnitt etwas weniger stark ausfallen (vgl. Abb. 2). Es wird beispielsweise deutlich, dass mit steigendem Lebensalter die Fremdenfeindlichkeit leicht zunimmt, wobei sich die 3 mittleren Altersgruppen im Grunde nicht voneinander unterscheiden. Ein wirklicher Unterschied ist hier nur zwischen Jungen (18 bis 24-Jährige) und Älteren (über 59-Jährige) festzustellen. Dieses Ergebnis spiegelt sich auch in der Betrachtung des Erwerbsstatus der Befragten wider. Hier finden sich die deutlichsten Unterschiede, wenn man Auszubildende (Azubis, Studenten, also junge Leute) und Rentner miteinander vergleicht. Als Besonderheit ist festzuhalten, dass die Gruppe der Auszubildenden mit einem Wert von 1,9 diejenige sind, die sich über alle Befragten hinweg am ausländerfreundlichsten äußern.

Ein weiterer bekannter Einflussfaktor ist der Schulabschluss, also die Bildung, das heißt mit einem formal höheren Schulabschluss nimmt die Ausländerfeindlichkeit ab. Hauptschulabsolventen zeigen im Schnitt

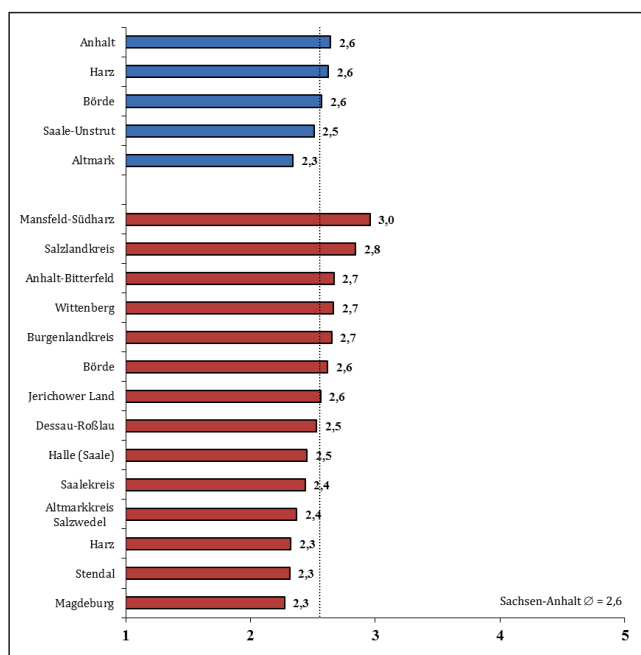


Abb. 3 Skala Ausländerfeindlichkeit nach Region und Landkreisen (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)

ein um 0,8 Punkte stärkeres fremdenfeindliches Weltbild als beispielsweise Abiturienten. Während der Erwerbsstatus zum Teil durch das Alter bestimmt wird, beeinflusst der Schulabschluss die späteren beruflichen Perspektiven. Deshalb ist es nicht überraschend, dass Personen in Berufen, die in der Regel eine niedrigere Qualifikation voraussetzen (z. B. Arbeiterberufe), ebenfalls eine distanziertere Haltung zu Ausländern einnehmen als Angestellte oder Beamte. Dieser Effekt ist aber weit schwächer ausgeprägt (vgl. ebd.).

Letztendlich kommt es aber nicht nur darauf an, über welche individuellen Eigenschaften jemand verfügt, sondern auch woher man kommt und in welchem sozialen Milieu man aufwächst. Betrachtet man die geografisch recht großräumig angelegten Regionen Sachsen-Anhalts (Altmark, Börde, Harz, Anhalt und Saale-Unstrut) zeigen sich keine Unterschiede. Das Bild ändert sich jedoch, wenn wir Ausländerfeindlichkeit noch etwas kleinräumiger, also nach Stadt- und Landkreisen aufgeteilt, betrachteten (vgl. Abb. 3). Die Bewohner der Landkreise Mansfeld-Südharz und des Salzlandkreises mit einem Skalenwert von 3,0

etwas kleinräumiger, also nach Stadt- und Landkreisen aufgeteilt, betrachteten (vgl. Abb. 3). Die Bewohner der Landkreise Mansfeld-Südharz und des Salzlandkreises mit einem Skalenwert von 3,0



© 2013 Stephanie Heide

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Fremdenfeindlichkeit vor allem durch 5 Faktoren beeinflusst wird:

- durch die Kontakthäufigkeit zu in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund,
- durch die Parteisympathie,
- durch Verdrossenheit mit der aktuellen Politik,
- durch den formalen Bildungsgrad, der im späteren Leben sowohl den beruflichen Status als auch das Einkommen beeinflusst,
- durch ländliche Prägung des Wohnumfeldes.

Etwas plakativ formuliert könnte man auch sagen, dass eine Person, die aus dem Landkreis Mansfeld-Südharz kommt, über eine geringe Bildung verfügt, mit der Politik unzufrieden ist, nicht wählen gehen möchte und keinen Kontakt zu hier lebenden Ausländern hat mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit rechtsextreme Einstellungen vertritt bzw. offener ist für ebensolches Gedankengut als andere Personen. Auf Grund der niedrigen Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien in Sachsen-Anhalt (DSU, DVU, REP, NPD) kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden, in wie weit derlei Einstellungen zur Wahl rechtsextremer Parteien führen. Es ist aber davon auszugehen, dass im Falle einer Wahlbeteiligung der Anteil von rechten Parteien in dieser Gruppe deutlich höher ausfällt.

bzw. 2,8 liegen am weitesten im Bereich gefühlter Ausländerfeindlichkeit, ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch in den anderen Dimensionen des Rechtsextremismus, wie Antisemitismus und Patriotismus. Andere eher ländlich geprägte Räume liegen ebenfalls über dem landesweiten Durchschnitt. Die großen kreisfreien Städte des Landes rangieren leicht bis deutlich unter dem landesweiten Durchschnittswert, stellen aber auch in den anderen Dimensionen eine aufgeschlossener bzw. tolerantere Einwohnerschaft. Es liegt somit die Vermutung nahe, dass fremdenfeindliche Einstellungen in ländlichen Räumen auf fruchtbareren Boden stoßen als in städtisch geprägten Regionen.

Die Darstellungen der Einflussfaktoren zeigen für die anderen Dimensionen des Rechtsextremismus (vgl. Abschnitt 1.1) ähnliche Wirkungszusammenhänge³, weiterführende Ergebnisse diesbezüglich können dem Forschungsbericht des Sachsen-Anhalt-Monitors 2012 entnommen werden.

³ Siehe dazu Sachsen-Anhalt-Monitor 2012. S. 88ff. <http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=26088> Letzter Zugriff 10. Juli 2013.

Erfolgsbedingungen rechtsextremer Wahlparteien

Immer wieder gelang es in Deutschland rechtsextremen Parteien in Landtage und Kommunalparlamente einzuziehen: So zuletzt seit Ende der 1990er Jahre die NPD in den ostdeutschen Bundesländern (Kommunalwahlen Sachsen 2004/08/09 und Mecklenburg-Vorpommern 2004/09/11, Landtagswahlen Sachsen 2004/2009 und Mecklenburg-Vorpommern 2006/11, Kommunalwahlen Sachsen-Anhalt 2007/09). Diese Erfolge in Ostdeutschland vermochte die NPD jedoch zur selben Zeit bei Wahlen in westdeutschen Ländern nicht im gleichen Ausmaß zu wiederholen.

In den letzten Jahren vermochte die NPD gute und sehr gute Ergebnisse bei Männern sowie bei Erst- und Jungwählern (Altersgruppe 18 bis 24) zu erzielen. Größeren Zuspruch fand die Partei auch unter Wählern mit niedriger Bildung sowie bei Arbeitslosen und Arbeitern. Auch bei der Mobilisierung von Nichtwählern ist die rechtsextreme Partei immer wieder erfolgreich. Die sehr unterschiedlichen Wahlergebnisse zeigen jedoch, dass es keinen Automatismus für den Erfolg rechtsextremer Parteien gibt.

Generell scheint zumindest auf kommunaler Ebene inzwischen zu gelten: Überall dort, wo die NPD antritt, gelingt es ihr mit wenigstens einem Abgeordneten in die Vertretungen einzuziehen. Der dafür notwendige Grundsockel von Wählerstimmen kann nicht mehr als reiner Ausdruck von Protestwahlverhalten verstanden werden. Vielmehr zeigt sich hier die Verankerung von Elementen extrem rechter Ideologie in Teilen der Bevölkerung. Dieses rechtsextrem orientierte Stammwählerpotential ist Ausdruck einer regional in höchst unterschiedlichem Maße durchgesetzte Akzeptanz extrem rechter Ideologiefragmente, Lebenswelten und politischer Strukturen. Jedes Mandat für die extreme Rechte erhöht wiederum deren regionalen Wirkungsgrad und trägt zur weiteren Normalisierung menschenverachtender und demokratiefeindlicher Positionen bei. Jeder Wahlerfolg extrem rechter Parteien ist somit zugleich eine Niederlage für die Demokratie.

Was den Erfolg oder Misserfolg von (rechtsextremen) Wahlparteien angeht, so gibt es hierfür keine monokausale Erklärungsansätze. Hier greifen jeweils regionalspezifische Gemengelagen mit Interaktionseffekten verschiedener Faktoren aus individuellen Wahlmotiven, der sozialen und demographischen Zusammensetzung der Wählerschaft, Gelegenheitsstrukturen sowie Politikangeboten.

Externe Faktoren:

- *Soziale und demographische Faktoren*
 - soziale Abstiegsängste
 - soziale Deprivation
 - geringe formale Bildungsqualifikation in Teilen der wahlberechtigten Bevölkerung
 - Politik- und Demokratieverdrossenheit / Vertrauensverlust traditioneller Parteien (und Politiker/innen)
 - teilweise oder vollständige Kongruenz zwischen Einstellungen in der Bevölkerung und Inhalten rechtsextremer Parteien: hohes rechtsextremes Einstellungspotential
 - hohe Volatilität des Wahlverhaltens (in den neuen Bundesländern)
- *Politikangebot sowie organisatorische und politische Verfasstheit der demokratischen Parteien*
 - Der Rechtsextremismus ist dort stark, wo die Demokratie schwach ist.
- *Politikangebot sowie organisatorische und politische Verfasstheit konkurrierender rechtsextremer Parteien*
- *Gelegenheitsstrukturen*
 - z.B. begünstigende oder hinderliche Ereignislagen
- *individuelle Faktoren*

Interne Faktoren:

- *organisatorische und personelle Verfasstheit rechtsextremer Parteien*
 - regionale Konzentration (Wahlantritt nur dort, wo die Partei gut aufgestellt ist)
 - Einbettung in eine aktive rechtsextreme Szene (Kameradschaften als Wahlhelfer)
 - kommunale Verankerung (zivilgesellschaftliches Engagement, umfassende Wahrnehmbarkeit in der Öffentlichkeit)
 - populäre / lokal integrierte Kandidaten
 - junge Mandatsträger und Funktionäre
- *Politikangebot rechtsextremer Parteien*
 - Präsentation als ernstzunehmende und (einzig) anständige Kraft
 - Demonstration von Bürgernähe
 - Selbstinszenierung als Systemopposition
 - Aufgreifen regionalspezifischer, aktualisierter und emotionalisierter Themen
 - thematische Schnittmengen mit Ressentiments und menschenfeindlichen Einstellungen der Bevölkerung

Programmatische Aussagen des Rechtsextremismus

Auf der Straße fordern sie „Hartz IV muss weg“, in sozialen Netzwerken posten sie „Schützt unsere Kinder“, auf Plakaten wünschen sie „Raus aus dem Euro“. In Gratisblättern beklagen sie die „Erhöhung des Elterbeitrags für die Kita“, auf Aufklebern sagen sie „Zeitarbeit ist Sklaverei“, in Schülerzeitungen schimpfen sie über den „Schuldkomplex“. Die Themen der rechtsextremen Szene sind die Themen der gesellschaftlichen Mitte.

Seit Jahren bemüht sich die Szene – von NPD über Freie Kameradschaften und Gemeinschaft Deutscher Frauen bis Autonome Nationalisten – die Sorgen vor ökonomischen Einschnitten, die Ängste vor einem sozialen Abstieg und die Verunsicherungen wegen gesellschaftlicher Umbrüche zu nutzen, um Zuspruch und Akzeptanz zu gewinnen. „Wir kümmern uns“, heißt ihre Botschaft.



© 2013 Stephanie Heide

Deutlich sagt Udo Voigt, einst langjähriger NPD-Bundesvorsitzender, in der rechtslastigen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ am 24. September 2004: „Im übrigen interessiert die Leute auf der Straße nicht der Holocaust, sondern die Alltagsprobleme.“ Die Aussage bestätigt indirekt, dass in der Partei weiterhin über die Wirklichkeit des Holocaust, der geplanten Vernichtung der europäischen Juden im Nationalsozialismus gestritten wird. In dem Interview mit der Wochenzeitung betont Voigt aber, wie die Partei sein soll: „Die NPD ist bestrebt, die Menschen dort abzuholen, wo sie sich geistig befinden.“

Hin zu „den Menschen“, zu ihren Sorgen und Ängsten will auch Holger Apfel, der 2011 den NPD-Bundesvorsitz übernahm. Er fordert, dass die Anhänger zwischen Debatten innerhalb der Partei und Diskussionen außerhalb auf der Straße unterscheiden sollen. „Ich weiß, dass die einseitige Geschichtsschreibung der alliierten Sieger und ihrer bundesrepublikanischen Erfüllungsgehilfen maßgeblich verantwortlich ist für die Verteufelung jedweden nationalen Gedankens“, sagt er in der NPD-Monatszeitung „Deutschen Stimme“ (DS) im Mai 2011. „Im Vordergrund unseres politischen Kampfes aber müssen die Herausforderungen der

Gegenwart und Zukunft stehen.“ Apfel, seit 2004 Fraktionsvorsitzender der NPD im Landtag von Sachsen, hebt zugleich hervor: „Geschichtsbewusstsein und die Pflege von Kultur und Brauchtum sind zur Festigung und zur sinn- und identitätsstiftenden Auslebung unserer Weltanschauung unabdingbar.“ Im Oktober 2011 bekräftigt Apfel, dass die NPD „als Kümmern-Partei“ erscheinen müsse, nicht aber ohne erneut zu versichern: „Für Träger einer Weltanschauung versteht es sich von selbst, dass es [...] nicht um inhaltliche Anpassung und die Aufweichung unserer Grundsätze geht.“ Die einzelnen Forderungen der NPD müssen demnach im Kontext der gesamten Weltanschauung der Partei betrachtet werden. Der Bundesvorsitzende sagt es selbst. Hier zeigt sich das doppelte Gesicht der Partei: Mit den Wählern soll über aktuelle Themen gesprochen, unter den Parteianhängern jedoch soll die identitätsbildende Ideologie weiter vertieft werden.

In der Partei wird der Kern ihrer Weltanschauung offen benannt: Die „Volksgemeinschaft“. Im Parteiprogramm „Arbeit, Familie, Vaterland“ von 2010 heißt es in den einleitenden „Grundgedanken“: „Die Würde des Menschen als soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft.“ Noch kürzer legte im sächsischen Landtag Apfel am 11. Juli 2008 dar: „Die NPD bekennt sich zur Volksgemeinschaft.“ Den Verweis, dass im Nationalsozialismus schon die „Volksgemeinschaft“ als Staatform umgesetzt wurde, wischt die NPD weg: „Nur weil es etwas schon im Dritten Reich gab, muß es nicht automatisch schlecht sein“, schlägt der Parteivorstand in der Broschüre „Wortgewandt. Argumente

für Mandats- und Funktionsträger“ vor, auf solche Nachfrage zu antworten. Eine Verharmlosung des historischen Nationalsozialismus und zugleich eine Beschönigung des weltanschaulichen Konzepts, die der NPD-Vorstand in der Broschüre vorantreibt. Denn „das Volk“ erscheint als einziger Wert der „Gemeinschaft“. Die immer wiederkehrenden Folge: eine Ex- und Inklusion – wer gehört zum „Volk“, wer nicht, eine Biologisierung der Gesellschaft, um Einordnungen von „Völkern“ und Zuordnung von Menschen vornehmen zu können und die Ethnisierung des Sozialen, um Entwicklungen vermeintlich zu erklären und lösen zu können. Auf dem Szeneportal „Freies Pommern“ führt der NPD-Landtagsabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern, Tino Müller, am 29. Mai 2012 aus: „Alle Rechte und somit Pflichten entstehen aus der Gemeinschaft, in die man hineingeboren wurde.“ Der „Einzelne“ fühle sich „frei“, wenn er „der Stimme seines Blutes folgt“.

Die „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ legt in einer Grundsatzschrift unmissverständlich dar: „Die Forderung nach einem „natürlichen Frauenbild“ beinhaltet jedoch auch die Verpflichtung der deutschen Frau „für den Erhalt der eigenen Art“ zu sorgen. Eine „biologische Politik“ sei im Kampf „um Kinder“ geboten, schreibt auch die NPD Bremen am 13. November 2007 auf ihrer Website. Der Landesverband legt am 10. Dezember 2007 zudem dar: „Wir müssen unablässig bestrebt sein, unser urdeutschen, mit unseren Blut und Boden verwachsenen Traditionen von allen Fremdübertragungen zu befreien; wir dürfen nur pflegen, was echt, deutsch und unserer Art gemäß ist“. Ausgrenzung und Hass gegen Menschen mit nicht-deutschem Hintergrund ist zentral. In den „Argumenten für Mandats- und Funktionsträger“ wird der Parteivorstand ebenso deutlich: „Angehöriger andere Rassen bleiben [...] körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper“ und „sie mutieren durch die Verleihung eines Passes [...] nicht zu Deutschen“.

Die Gefahr für die „Volksgemeinschaft“ wird aus Sicht der rechten Szene durch die Globalisierung beschleunigt. „Nationalismus statt Globalisierung“ prangt auf Transparenten der Autonomen Nationalisten. Die NPD-Führung weiß in ihren „Argumente für Mandats- und Funktionsträger“ auch gleich, wer der Verursacher ist: „Bei der Globalisierung handelt es sich um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des großen Geldes.“ Dieses hätte – „obwohl seinem Wesen nach nomadisch und ortlos“ – „seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA“. In der Szene weiß jeder, wer mit „nomadisch“ und „großem Geld“ gemeint ist: „die Juden“.

Mit ihrer Haltung zur „Volksgemeinschaft“ hat sich die Szene jenseits des Grundgesetzes positioniert. Statt einer offenen Gesellschaft will sie eine geschlossene Gemeinschaft. Dem Versprechen des Grundgesetzes, dass alle Menschen die gleichen Rechte und Möglichkeiten unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Glauben haben sollen, wird widersprochen. Die NPD lässt keine Zweifel: „Die Grundrechtsbestimmungen triefen vor Menschenrechtstümelei.“



Das Verhältnis der NPD zum Parlamentarismus

Obwohl die NPD zu Wahlen antritt und sich qualitativ sehr unterschiedlich an der parlamentarischen Arbeit beteiligt, steht sie dem Parlamentarismus fundamental ablehnend gegenüber. So formulierte 1999 der damalige Vorsitzende Udo Voigt das Selbstverständnis der Partei: „Wir Nationaldemokraten sehen uns als grundsätzliche Alternative zum gegenwärtigen Parteienspektrum. [...] Wir wollen nicht ‚rechter Flügel‘ in diesem Parteienklüngel sein, sondern die Alternative zu diesen (sic!). Die NPD ist nicht eine Partei neben den Bonner Parteien, sondern gegen sie!“ Nachdem der NPD im Spätsommer 2004 bei den Landtagswahlen in Sachsen der Sprung über die Sperrklausel glückte, sah Voigt bereits das Ende der parlamentarischen Demokratie heraufziehen: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor 15 Jahren die DDR abgewickelt hat.“ Letztendlich steht die NPD mit ihren Positionen und ihrer Rhetorik in der Tradition der Verunglimpfung des Parlamentarismus, wie sie für die extreme Rechte und die völkischen Bewegungen des frühen 20. Jahrhunderts charakteristisch gewesen ist.



Faksimile Ausriss aus dem Internet

Quelle: http://www.facebook.com/media/set/?set=a.520064361375168.1073741828.114495381932070&type=3#!/npd.de/photos_stream

Aufbauend auf eine homogene und rassistisch definierte „Volksgemeinschaft“ solle der Staat über den Interessen einzelner Gruppen stehen und die Gesamtverantwortung wahrnehmen. Die Forderung nach einem Mehr an direkter Demokratie verbindet die NPD mit der Forderung nach einer Stärkung des Präsidenten zuungunsten von Parlament und Parteien, deren „Dominanz“ sie als „gemeinwohlschädigend“ verstehen. Unterstellt wird eine anzustrebende „grundsätzliche Einheit von Volk und Staat“. Nicht der Schutz des Einzelnen sondern die „Erhaltung des Volkes“ müsse „oberstes Ziel deutscher Politik“ sein.

Nimmt man das Parteiprogramm und Aussagen führender NPD-Kader, so werden die Konturen dessen erkennbar, wie sich die Partei das Rollen- und Funktionsgefüge des Staates und seiner Institutionen vorstellt. Die NPD ist Verfechterin eines identitären Staatsmodells mit einflusssschwachen Parteien, gesellschaftlichen Verbänden und Repräsentativorganen. Sie tritt ein für die Errichtung eines autoritären

Präsidialsystems. Im „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“ des Bundesvorstands von 2002 wirft die NPD den demokratischen Parteien pauschal vor, sich „den Staat zur Beute gemacht“ zu haben. Posten würden „nach Proporz und dem Grad der Hörigkeit, nicht aber nach Fähigkeit und Leistung“ vergeben. Das „herrschende oligarchische Parteienkartell“ nutze alle Möglichkeiten, „um Gruppierungen, die ernsthafte Kritik am Kartell und seiner Politik üben, zu schikanieren.“ Die NPD machte es sich zur Aufgabe, „Filz“ und „Korruption“ in den Parteien und in der Verwaltung zu beenden.

Historisch beruft sich die NPD in ihrer Kritik am Parlamentarismus vor allem auf den einflussreichen Staatsrechtler Carl Schmitt. Er gehörte neben Oswald Spengler und Arthur Mueller van den Bruck zu den bedeutendsten Vertretern der „Konservativen Revolution“ – jener antidemokratischen Strömung, die heute als geistiger Wegbereiter des Nationalsozialismus gilt. Die Weimarer Republik wurde von ihnen als labiler Koalitions- und Parteienstaat angesehen, in dem sich „alle öffentlichen Angelegenheiten in Beute- und Kompromissobjekte von Parteien und Gefolgschaften verwandeln und die Politik, weit davon entfernt, die Angelegenheit einer Elite zu sein, zu dem ziemlich verachteten Geschäft einer ziemlich verachteten Klasse von Menschen geworden ist“ (Stefan Breuer, Anatomie der Konservativen Revolution).

Vor diesem Hintergrund geht es der NPD – aber auch anderen rechtsextremen Parteien, nicht um eine erfolgreiche parlamentarische Arbeit im Sinne demokratischer Entscheidungsfindung und Konsensbildung. Ihr Auftreten soll vielmehr eine Reihe rein instrumenteller Funktionen erfüllen:

1. Verankerung

Der Einzug in die Parlamente ist Ausdruck einer wachsenden kommunalen bzw. regionalen Verankerung und der Unterstützung rechtsextremer Inhalte in Teilen der Bevölkerung.

2. Bühne

Die Parlamente dienen als Bühne, um für die Menschen als Partei sichtbar zu sein sowie für die eigene Ideologie zu werben.

3. Kampfort

Parlamente werden als Kampforte verstanden, um die politischen Gegner und das „System“ bloßzustellen.

4. Normalisierung

Die parlamentarische Arbeit der NPD leistet einer Normalisierung Vorschub, neonazistische Positionen werden zunehmend als legitimer Teil des demokratischen Meinungsspektrums erachtet. Zudem bietet sich hier die Möglichkeit, öffentlich wirksam Bürgernähe zu demonstrieren.

5. Ressourcen

Der „Kampf um die Parlamente“ eröffnet den Zugang zu vielfältigen Ressourcen, wie etwa öffentlichen Geldern oder einer funktionierenden Infrastruktur.

6. Sprungbrett

Die Arbeit in den Kommunalparlamenten sowie eine stärkere kommunale Verankerung sollen als Sprungbrett für den Erfolg auf Landes- und schließlich auf Bundesebenen dienen.

Rechtsextremismus in der EU

Der runde Saal ist hell gehalten. Hinter den Sesseln des Präsidiums hängt die blaue Europaflagge mit den zwölf goldenen Sternen. Über den 754 Abgeordnetenplätzen des Europäischen Parlaments befinden sich in den Wänden eingelassen die Kabinen der Dolmetscher. Rund um den tiefer liegenden Plenarraum können Besucher von oben die Debatten der Parlamentarier aus 27 Ländern der „Europäischen Union“ (EU) verfolgen. Rechts außen sitzen von der „Freiheitlichen Partei Österreich“ (FPÖ) auf Platz 614 Andreas Mölzer, auf Platz 613 Franz Obermeyer und von der „Front National“ (NL) belegen Platz 615 Bruno Gollnisch und Platz 616 Marine Le Pen. Vertraut vereint sitzen im Straßburger Parlament die meisten der 34 Abgeordneten der radikalen Rechten aus Europa nahe zusammen.

Nach der Europawahl im Mai 2014 können weit mehr Angeordnete aus rechtsextremen Parteien, rechtspopulistischen Strukturen und radikal-euro-kritischen Vereinigungen in das Europaparlament gezogen sein. Reine Spekulation? Seit Monaten warnt der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz (SPD), dass in der „wirtschaftlich und sozial angespannten Lage“ die „Hetze von Populisten“ auf „fruchtbaren Boden“ falle wird. Nicht nur er, sondern auch Europaabgeordnete von CDU über Grüne bis Linke sorgen sich vor einem Rechtsruck bei der Europawahl. Die ersten Umfragen bestätigen die aufkommenden Sorgen.

Dem möglichen Wahlzuspruch für das 8. Europäische Parlament sehen denn auch Geert Wilders von der „Partij voor de Vrijheid“ (PVV) und Marine Le Pen, von der FN zuversichtlich entgegen. In den Niederlanden und in Frankreich liegen die Parteien bei Meinungsumfragen weit vorne. Knapp ein Jahr vor der Europawahl erklärten bereits der Vorsitzende der rechtspopulistischen Partei in den Niederlanden und die Vorsitzende der rechtsextremen Partei Frankreichs, eine „Faust gegen Europa“ zu schmieden. Scherzend saßen im November 2013 Wilders und Le Pen im Sitzungssaal des niederländischen Parlaments zusammen. Bei dem Treffen in Den Haag warben sie für das Bündnis im Europäischen Parlament gegen das Europäische Parlament. „Das ist ein historischer Tag“, sagte Wilders: „Damit beginnt die Befreiung von der Elite des alten Europas, dem Monster in Brüssel“. Eine gängige Botschaft der radikalen Rechten, die da in Brüssel würde vermeintlich mit einem überbelegten Verwaltungsapparat Politik gegen die „einfachen Leute“, das „eigene Volk“ machen. „Wir wollen mit anderen patriotischen Gruppen in Europa eine Dynamik schaffen“, sagte Le Pen sogleich und betonen ebenso, Ziel sei es, ein System zu beenden, das die „Völker Europas in die Sklaverei getrieben hat“.



Das leere Europäische Parlament – über die Sitzverteilung in Europa wird am 25. Mai 2014 entschieden.
© Europäisches Parlament

Dieses eine Nein gehört zu den vier Neins die alle radikalen Rechten europaweit gemein haben. In allen EU-Ländern lehnen die Parteien die europäische Union ab, verwehren sich gegen eine multikulturelle Gesellschaft, befürchten eine „Einwanderung in die Sozialsysteme“ und warnen vor einer „Islamisierung Europas“. In Europa sind die radikalen Rechten unterschiedlich ausgerichtet. Doch diese populistischen Neins zu komplexen Themen eint sie. Andraes Mölzer und Frank Obermayer wettern nicht minder stark das eine „Europäisierung“ die „nationale Identitäten“ gezielt gefährden würde. Marine Le Pen betonte auch: „Selbst in einer Ehe muss man nicht zu 5000 Prozent einer Meinung sein“, nicht ohne jedoch die gemeinsamen Positionen hervorzuheben. An dem Bündnis sollen die „Schwedendemokarten“ aus Schweden, der „Vlaams Belang“ aus Belgien und die „Lega Nord“ aus Italien starkes Interesse gezeigt haben.

Dieses Bündnis ist aber nicht das erste Bündnis, das in Europa sich als die „Kümmerer für die einfachen Leuten“ inszenieren will. „Die da oben, wir hier unten“, „Die in Brüssel, wir hier“ ist auch der Tenor von zwei radikal-rechten Europaparteien: der „Europäischen Allianz für die Freiheit“ und der „Europäischen Allianz nationaler Bewegungen“. Mit Geldern aus dem Europäischen Parlament hetzen sie seit über zwei Jahren gegen das Europäische Parlament. In „Sorge um die weiße Vorherrschaft“ arbeiten nationale Szenen von Freien Kameradschaften und Rechtsrockgruppen über Jahrzehnten auch längst international zusammen. Richten Aufmärsche aus, bieten Konzerte und schieben sich Waffen zu.

In Deutschland hoffen die so unterschiedlichen Parteien „Alternative für Deutschland“ (AfD) und „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) auf einen Erfolg bei der Europawahl. Die internationalen ökonomischen und politischen Krisen befeuern auch in Deutschland rassistische und radikal-rechte Ressentiments. „Wenn die Zeiten insgesamt härter werden“, erklären die Sozialwissenschaftlerin Beate Küpper und der Sozialwissenschaftler Andreas Zick, scheint die Kapazität der Toleranz zu schrumpfen (...), so

so dass bisher verdeckte und versteckte Feindseligkeiten offen zutage treten können“. Nicht zuletzt würden „Sündenböcke“ gesucht, betonen sie, die eine europaweite Studie zu „Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung“ durchgeführt haben. Schon die Befürchtung vor einem sozialen Abstieg würde diese Einstellungen verstärken. Die AfD um Bernd Lucke warnt denn auch vor der „Einwanderung in die Sozialsysteme“. Eine Forderung, die die NPD um Udo Pastörs ebenso erhebt. Die NPD wird zudem nicht müde zu behaupten: „Wir arbeiten – Brüssel kassiert“. Im Jahr 2012 lag der deutsche Beitrag für den Haushalt der EU bei 26,213 Milliarden, heißt es bei der Europäischen Kommission. In dem selbem Zeitraum flossen jedoch 12,245 Milliarden nach Deutschland zurück: als Hilfe für strukturschwache Regionen, die Landwirtschaft sowie für zahlreiche Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme. Was die Zahlen nicht verraten: Kein andere europäische Volkswirtschaft profitiert so sehr vom EU-Binnenmarkt wie die deutsche: fast zwei Drittel der deutschen Ausfuhren gehen in EU-Länder, und der Export in die neuen Mitgliedstaaten hat sich weitaus schneller entwickelt als die Ausfuhren in den Rest der Welt. Erste Studien offenbarten, dass auch mit der weiteren Öffnung des Arbeitsmarktes für Menschen aus dem Osten keine „Armutseinwanderung“ stattfindet. Die Themen der radikalen Rechten sind die Themen der nervösen Gesellschaft. Populismus verschärft nur Debatten.



Die NPD im sächsischen Landtag

Seit nunmehr neun Jahren ist die NPD im Sächsischen Landtag vertreten. Mit gezielten Provokationen machte die Fraktion von Beginn an auf sich aufmerksam. Es sind die immer gleichen Themen, welche die Parlamentsarbeit der NPD bestimmen. Das reicht von völkischer Familienpolitik über rassistische „Ausländerpolitik“ bis hin zu aggressiver Anti-EU-Rhetorik. Vor allem die Sozialpolitik hat für die NPD eine hohe strategische Relevanz. Seit dem Einzug in den Landtag sind Anfragen und Anträge zu sozialpolitischen Themen überdurchschnittlich häufig gestellt worden.

Die Plenardebatte ist die zentrale öffentliche Bühne für die mittlerweile auf acht Abgeordnete geschrumpfte Fraktion. In den Ausschüssen hingegen ist die NPD wie in Mecklenburg-Vorpommern politisch kaum wahrnehmbar. Seitdem Holger Apfel im November 2011 zum Bundesvorsitzenden der NPD gewählt wurde, ist der Fraktionsvorsitzende im sächsischen Landtag zudem häufig abwesend. Die Zahl der parlamentarischen Initiativen ist gegenüber der ersten Legislatur zurückgegangen.

Die Vorteile einer parlamentarischen Repräsentanz will die Partei in Sachsen nicht missen. In gewisser Hinsicht ist die NPD inzwischen durchaus im sächsischen Landtag angekommen. Gezielte Tabubrüche – wie sie die Öffentlichkeit nach dem Ersteinzug der NPD im Jahr 2004 aufschreckten – sind seltener geworden. Trotzdem versucht die Partei nach wie vor, mit aggressiver Rhetorik und bewusster Diffamierung die demokratischen Parteien zu diskreditieren.

Die NPD gibt sich bürgernah und sucht den Anschein engagierter Sachpolitik zu erwecken. Dabei inszeniert sie sich als alleinige Kraft, die die „Machenschaften der Etablierten“ aufdecke. Im Gegensatz zu den anderen Parteien sei man kommunal verankert und „nah am Menschen“. Die Selbstdarstellung der sächsischen NPD als „Kümmerer“ für die von der etablierten Politik „vernachlässigten Deutschen“ wiederholt sich facettenreich in den Plenardebatten.

So auch in einem Antrag, eingebracht von Holger Apfel am 10. Juli 2013 mit dem Titel: „Landeserziehungsgeld für sächsische Familien erhalten und ausbauen – Informationspolitik in der Kinderbetreuung verbessern“. Darin geht es um die Frage der Kürzungen von Sozialleistungen für Familien mit Einführung des Bundesbetreuungsgeldes. Eigentlich gibt es laut Landesregierung hier keine neue politische Lage. Im Kern vermittelt Apfel in seinem Redebeitrag zum Antrag seine eigenen – völkischen – Vorstellungen von Familienpolitik: die Unterstützung deutscher Mütter in der häuslichen Kinderbetreuung, um den Kampf gegen den drohenden „Volkstod“ aufzunehmen.

Apfels Instrument ist die große Geste: Angesichts des demographischen Wandels stehe die „Zukunft Sachsens“ auf dem Spiel. Apfel fragt gezielt nach der Höhe der bisher gezahlten Leistungen an „Ausländer“. Sein Verständnis vom Sozialstaat schließt eben nicht alle Bürger ein, sondern beruht auf dem Prinzip der „Volksgemeinschaft“. Auch der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel hat in dieser Frage deutliche Worte gefunden: Der Kreis seiner Teilhabeberechtigten am Sozialstaat ist strikt begrenzt. Die Kardinalfrage – „Wer gehört dazu und wer nicht?“ – könne nur „national“ beantwortet werden.

Apfel erweckt mit seinem Antrag den Anschein, es gehe ihm tatsächlich um die möglichen Betroffenen von Leistungskürzungen. Letztlich nutzt er die Redezeit vor allem für sein rhetorische Lieblingsfigur: die Diffamierung der so genannten Systemparteien – in diesem Fall im Umgang mit öffentlichen Geldern. So unterstellt er z.B. der SPD, dass sie mit den vermuteten Einsparungen „natürlich in die üblichen Anti-rechts-Klimbimprojekte, die die eigene Klientel mit Arbeit versorgen“, investieren wolle sowie in „Gender-Mainstreaming-Gleichschaltung, die den Sachsen diktieren soll, wie sich linke Ideologen die kaputte Familie von morgen vorstellen“.

Seine Fraktionskollegin Gitta Schübler greift das von Apfel skizzierte familienpolitische Zerrbild anschließend auf und formuliert am Ende der Debatte einen durchaus anschlussfähigen Appell: „Auch die Gender-Ideologen sollten endlich begreifen, dass es Mütter gibt, die sich bewusst dafür entscheiden, ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr zu Hause zu betreuen.“

Die demokratischen Parteien im sächsischen Landtag sind mittlerweile geübt darin, den völkischen Kern der sozialpolitischen Forderungen der NPD freizulegen und die Diffamierungsversuche abzuwehren. So machte ein CDU-Abgeordneter deutlich, dass Apfels Antrag „unnötig“ sei, weil alle Informationen bereits

durch die Beantwortung von kleinen Anfragen vorliegen oder im Internet einsehbar seien. Zudem stehe das Landeserziehungsgeld allen Menschen zu Verfügung – „egal welcher Hautfarbe“.

NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Startseite | Fraktion | Archiv | Veröffentlichungen | Bildergalerie | Filme | Service

Sie befinden sich hier: Startseite /



Die Abgeordneten der NPD-Fraktion

11.07.2013
"Kein Geschacher um die Gelder für sächsische Flütpfänger"
NPD-Fraktion fordert umfassende Informationen über Hochwasserschäden und Hilfen, die für die Betroffenen bereitgestellt werden

Die NPD-Fraktion brachte heute einen Berichtsantrag ein, der die Staatsregierung zu umfassenden Informationen über die Schäden des letzten Hochwassers in Sachsen aufforderte. Dabei ging es nicht nur um eine Auflistung dieser Schäden, sondern auch um die Frage, welche kurz- und langfristigen Hilfen den Betroffenen gezahlt und welche Formen von Krediten bereitgestellt würden. Gleichzeitig schlugen die Nationaldemokraten die Finanzierung des Wiederaufbaus durch eine Erhöhung der Hertz-TV-SofSeez-Weberleistungen an die Kommunen auf 100 Prozent vor.

Themen/Schlüsselwörter: Hochwasser, Fluß, Bericht, Hilfe, SoBEZ

11.07.2013
Geld für Schulen statt für Spekulanten!
Mario Löffler (NPD): „Während im Bildungssektor um jeden Euro gekniffen werden muß, wurde schon eine Milliarde für das SachsenLB-Debakei versenkt“

In der Debatte zu einem Antrag der Koalition zur Stärkung des Modells der „Eigenverantwortlichen Schulen“ in Sachsen, nach dem Schulen in eigener Verantwortung „vor Ort“ nach Lösungen der jeweils spezifischen Probleme suchen und eigene „Praxis“ entwickeln sollen, wies der schulpolitische Sprecher der NPD-Fraktion, Mario Löffler, darauf hin, daß es zunächst einmal auch noch genügend generelle Probleme an den sächsischen Schulen gebe.

Themen/Schlüsselwörter: Schule, Bildung, SachsenLB, Spekulant

11.07.2013
Polit-Poese um Linkepfarrer Lothar König erreicht Landtag
Jürgen Gansel (NPD): „Ziel ist es, den weltanschaulich neutralen Rechtsstaat durch einen neototalitären Linkestaat zu ersetzen“

Mit ihrer heutigen Aktuelle Debatte zu dem in Dresden wegen Landfriedensbruchs bei den Antifa-Ausschreitungen am 19. Februar 2011 vor Gericht stehenden Linkepfarrer Lothar König üben sich die GRÜNEN heute wieder einmal in reiner Klientel-Politik. Während die Antifa-Politiker der linken Parteien wie der GRÜNEN-Abgordnete Licht und der SPD-Abgordnete Hornann das Parlament als Podium nutzten, um ihrem zeitigen Gesinnungsfreund aus Jena zur Seite zu stehen, nutzte der NPD-Abgordnete Jürgen Gansel die Gelegenheit zu einer Generalkritik an der Vorbereitung des Prozesses.

Themen/Schlüsselwörter: Inneres, Antifa, Linke, Linksextremismus, Pfarrer, König

11.07.2013
Landtag lehnt Dringlichen Antrag zur Asylgewährung für Edward Snowden ab
NPD-Fraktionsvorsitzender Holger Apfel nach US-Kritik von der heutigen Sitzung ausgeschlossen

Der Sächsische Landtag lehnte heute morgen einen Dringlichen Antrag der NPD-Fraktion ab, mit dem die Staatsregierung aufgefordert werden sollte, sich auf Bundesebene für eine erneute Prüfung des Asylantrags Edward Snowdens einzusetzen, der das Ausmaß der Abhöraktivitäten des US-Gehemdienstes NSA in Deutschland und vielen anderen Ländern öffentlich gemacht hatte.

Themen/Schlüsselwörter: Landtag, Antrag, Dringlich, Snowden, USA

10.07.2013
Familien stärken, Geburten fördern - das Landeserziehungsgeld erhalten
Holger Apfel (NPD): „Mehr Geld für unsere Kinder statt Gender-Mainstreaming-Umerziehung und Anti-Rechts-Klimbim!“

Sachsen ist eines von vier Bundesländern, die ein Erziehungsgeld für Eltern zahlen, die ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu Hause betreuen. Dieses sinnvolle Förderinstrument wurde im aktuellen Doppelhaushalt um jährlich 7,6 Millionen Euro gekürzt, die die Staatsregierung offenbar auf eine Entlastung durch das ab nächsten Monat gezahlte Bundesbetreuungsgeld hofft.

Themen/Schlüsselwörter: Soziales, Familie, Kinder, Landeserziehungsgeld

10.07.2013
Verheerende Bilanz nach fünfjährig Jahren "Bad Bank" in Sachsen
Arne Schimmer (NPD): „Weg von einer krisenanfälligen Globalisierung, hin zu einer an den Regionen orientierten Volkswirtschaft mit nationalen Kapitalkreisläufen und nationalen Währungen“

In der heutigen Aktuelle Debatte der LINKEN zum Thema „Fünf Jahre Bad Bank in Sachsen“ zog der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der NPD-Fraktion, Arne Schimmer, noch einmal ein Fazit aus Sicht der NPD-Fraktion zu dem mittlerweile milliardenschweren SachsenLB-Debakei.

Themen/Schlüsselwörter: Haushalt, Finanzen, SachsenLB, Spekulationsverlust, Sozialik, Funding

Ältere Meldungen

NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351-493 4900
Telefax: 0351-493 4930

Aktuelles als RSS abonnieren
npd@sachsen.de
npd-fraktion-sachsen.de

Internetseite der NPD-Fraktion in Sächsischen Landtag
Quelle: <http://npd-fraktion-sachsen.de/vom 5.8.2013>

Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

Vorne rechts sitzt Udo Pastörs im Landtag. Hinter dem NPD-Fraktionsvorsitzenden haben, vom Landtagpräsidium aus gesehen, die weiteren vier NPD-Abgeordneten ihre Plätze: Stefan Köster, Tino Müller, Michael Andrejewski und David Petereit. In zweiter Legislaturperiode ist die Partei in Fraktionsstärke im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Seit 2006 tritt Pastörs, der auch NPD-Bundesvize ist, hier im Schweriner Schloss selbstsicher an das Redepult. Das Parlament nutzt Pastörs für die Parteipolitik. Er selbst sagt darüber, „kein großer Freund dieses Form des Parlamentarismus zu sein. Aber das macht man so, dass man da reingeht und provoziert mit Präzision.“ Diese „Demokratenfratzen“, betont er noch deutlicher auf Parteiveranstaltungen, müssten mit „Besen aus Stahlborsten“ aus den Ämtern gefegt werden.

Die Wortwahl mag erschrecken. An den Stammtischen der politisch Verdrossen und sozial Verbitterten aber schockiert sie weniger. „Die da oben, wir hier unten“ lautet das Credo der Partei, die sich auch im Landtag als „soziale Heimatpartei“ gerieren will. „Wir kümmern uns“ ist die suggerierte Botschaft der Fraktion, die sie in Reden, Anträgen und Anfragen vermeintlich untermauert. Am 12. Juni 2013 beklagte Pastörs auf der Website der Fraktion, dass Investoren bei Großprojekten in dem Bundesland „großzügig Fördergelder“ erhielten. Wenn die geplanten Flughäfen und zahlreichen Tourismusprojekte scheiterten, müssten jedoch die „Steuerzahler (...) die Zeche zahlen“. Im Schloss, Sitz des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, schimpfte am 19. Juni des Jahres Stefan Köster, parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, bei der Landtagssitzung über die „großzügige Finanzierung von Landtagsabgeordneten“. Bewusst weckt Köster – verurteilt, weil er bei einer NPD-Wahlveranstaltung auf eine Gegendemonstrantin eintrat – sozialen Neid.

Sachliche Hintergründe oder direkte Änderungsvorschläge bringe die Fraktion um Pastörs und Köster in den Ausschüssen des Parlaments allerdings weniger ein, heißt es im Landtag in Schwerin. Jenseits der öffentlichen Bühnen der Landtagssitzungen wären die NPD-Abgeordneten kaum aktiv. Denn in den Ausschüssen sind die Medien nicht präsent. Die Partei will aber auch nicht ein Reparaturbetrieb für den parlamentarischen Parteienstaat sein. Pastörs erklärte 2009 beim Politischen Aschermittwoch der NPD in Saarbrücken: „Wir wollen den Maximalschaden dieses Parteienstaates, der nichts anders ist als der verlängerte Arm USraels“. Der Begriff „USrael“ ist in der rechtsextremen Szene ein gängiger Wortbau, um die USA als vermeintlich von Israel, den Juden, gesteuert zu diffamieren. In der Rede in Saarbrücken sprach er getreu dieser Verschwörungsvorstellung auch von Deutschland als „Judenrepublik“. Worte mit Folgen. Im Februar 2013 verurteilte das Landgericht Saarbrücken Pastörs in zweiter Instanz wegen Volksverhetzung. Knapp ein halbes Jahr zuvor, im August 2012, sprach das Amtsgericht Schwerin ihn schuldig, in einer Landtagsrede die Opfer der Nazi-Diktatur verunglimpft zu haben. Im Schweriner Schloss hatte er eine Holocaust-Gedenkveranstaltung als „Betroffenheitstheater“ und „einseitigen Schuldkomplex“ bezeichnet. Provokation ist das Programm der NPD im Parlament.

In ihrer ersten Legislaturperiode von 2006 bis 2011 musste die Sitzungsleitung gegen die NPD-Abgeordneten 483 Ordnungsrufe aussprechen – wegen geschäftsordnungswidrigen Zwischenrufen, Beleidigungen oder Störungen. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum erhielten die Abgeordneten der anderen Parteien 72 Ordnungsrufe. In der zweiten Legislaturperiode erreicht die NPD von 2011 bis Juni 2013 117. Erneut zum Vergleich: Die anderen Abgeordneten erhielten 9. Spitzenreiter in der ersten und zweite Periode: Pastörs mit 202 und 60 Ordnungsrufen.

Die Partei gefällt sich als Provokateur – so signalisiert sie ihrem Wählerpotential, auch wenn sie im Parlament ist, passe sie sich dem Parlamentarismus nicht an. Die Gelder, dank Fraktionsstatuts, streicht sie aber ein. In der ersten Legislaturperiode erhielt die Fraktion rund sieben Millionen Euro staatliche Mittel – Gelder mit denen Mitarbeiter, Material und Räume bezahlt werden. Im Bundesland unterhalten die Abgeordnete fünf Bürgerbüros, in denen auch Hartz-IV-Beratungen angeboten werden. Das vierseitige „Mitteilungsblatt“ der Fraktion wird ebenfalls aus Zuweisungen des Landesparlaments finanziert. Dessen Titel, „Der Ordnungsruf“, greift das Provokationsprinzip auf. In der ersten Ausgabe 2007 erklärt Pastörs selbstbewusst die Namenswahl und schreibt, dass sie „gerne“ die „Ordnungsrufe“ ernten: „Wir [...] sprechen im Gegensatz zu den heuchlerisch gedrechselten Worthülsen der Blockparteien eine klare und deutliche Sprache.“

Im „Ordnungsruf“ spiegelt sich die Politik der Fraktion wider. Soziale Themen und Bürgeranliegen dienen der Verbreitung von Ressentiments und zeigen die Demokratieverachtung der NPD. In Ausgabe 15, im Mai 2013 erschienen, wettet die Fraktion gegen die „Polizeiliche Kriminalstatistik 2012“ von Bund und Ländern, denn deren Fazit, dass die Straftaten zum Vorjahr kaum gestiegen sind, missfällt der Partei. „Unser Land wird immer unsicherer“, titelt stattdessen die Fraktion, um sofort gegen „ausländische Täter“ zu hetzen. In Anträgen will die NPD „Empfänger von Arbeitslosengeld II“ die Entfernungskilometerpauschale erhöhen, und in weiteren Anträgen lehnt sie die „steuerliche Gleichbehandlung von schwulen oder lesbischen Lebenspartnerschaften“ ab. Immer wieder finden sich Anträge gegen Einwanderung, Asyl und Integration, denn „Deutschland muss das Land der Deutschen bleiben“. Am 31. Januar 2007 ließ Pastörs in einer Landtags Sitzung durchblicken, dass „deutsch“ als Kategorie allein nicht zu einer staatlichen Unterstützung führen müsste. „Sie sprechen von der Unterstützung benachteiligter Menschen“, sagte er und schob nach: Aber „unser erstes Augenmerk hat dem Gesunden und Starken zu gelten. Dieses ist zuallererst zu fördern und zu unterstützen.“ Das sei „keine Selektion, sondern einfache Logik“.

4 www.npd-fraktion-mv.de

Menschenfeindliche Vorstellungen der Pseudodemokraten in der Familienpolitik

Die Debatte über das Betreuungsgeld sollte in der Januar-Plenarsitzung für Spannung sorgen. Sind sich doch ausgerechnet die Koalitionäre von SPD und CDU hier im Land nicht einig zu diesem Thema und auf Bundesebene gar entschiedene Kontrahenten, wenn es um die Einführung des Betreuungsgeldes geht.

SPD, Linke und Grüne glänzten mit ihren obskuren und menschenfeindlichen Vorstellungen zum Betreuungsgeld und zur Familienpolitik. Sie behaupteten gar, daß der Betreuungszuschuß Eltern von

der Erwerbstätigkeit abhalte, sowie einen Anreiz gäbe, daß ihre Kinder den vorschulischen Bildungseinrichtungen fernbleiben.



Mit den haarsträubenden Forderungen der Linken rechnete der sozialpolitische Sprecher der NPD-Fraktion Stefan Köster ab und stellte die Punkte der NPD-Fraktion dem gegenüber.

Es ist nicht das erste Mal, daß die selbsternannten „De-

mokraten“ im Landtag ihre familien- und kinderfeindliche Haltung offenbarten. Im November 2011 lehnte die SPD-Abgeordnete Drese im Namen der „demokratischen Fraktionen“, den Antrag der NPD-Fraktion, „[...] den biologischen Fortbestand des deutschen Volkes zu bewahren, mit aller Nachdrücklichkeit und aufs Schärfste ab [...]“

Für diese Fraktionen steht ganz klar und deutlich die Erwerbsarbeit der Eltern und nicht das Kindeswohl im Vordergrund. Hinzu kommt, daß ihrer Ansicht nach offensichtlich der

Staat die Kontrolle über die Kindererziehung erhalten soll.

Die NPD-Fraktion hingegen steht für zielgerichtete Maßnahmen wie die Zahlung eines Müttergebhalts, Erhöhung des Kindergelds und Gewährung eines Kinderbonus für die Rentenversicherung. Hierdurch wird gewährleistet, daß die Eltern frei entscheiden können, ob, wann und in welchem Umfang sie ihre Kinder zur Fremdbetreuung geben.

Die gesamte Landtagsrede von Stefan Köster ansehen:



Neue Rundfunk- und Fernsehgebühren stoßen auf Unverständnis

Der Petitionsausschuß hat seinen turnusgemäßen Bericht dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt. Deutlich zeigte der Bericht, daß die Bürger des Landes zahlreich von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, Eingaben an den Petitionsausschuß zu richten.

Besonders die Probleme zu den Rundfunk- und Fern-

sehgebühren standen wieder mal im Mittelpunkt. Hier zeigte sich deutlich, wie ablehnend die Bürger der neuen GEZ-Abgabe gegenüberstehen. Im Namen der NPD-Fraktion bezog der Landtagsabgeordnete Tino Müller deutlich Stellung zur neuen Bürger-Abzockgebüh.

Seit Anfang des Jahres hat jeder – selbst, wenn er kein Fernseh- oder Radiogerät be-

sitzt – die neue Haushaltsabgabe für den Empfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu zahlen.

Das sind 17,98 Euro pro Monat oder 215,76 Euro pro Jahr an Gebühren, mit denen 22 Fernsehender sowie 64 Radioprogramme und nicht zuletzt auch die in „Beitragsservice“ umbenannte GEZ in ganz Deutschland am Leben gehalten werden.

Zahlreiche Bürger wollen diese Pille nicht schlucken und protestieren gegen die neue GEZ-Abgabe.

Ein Ende der Beschwerden zu diesem Thema ist nicht absehbar, da die Bürger immer mehr Ungereimtheiten in diesem Bereich erkennen. Der Bericht des Petitionsausschusses verdeutlicht, wie wichtig es ist, sich gegen Ungerechtigkeiten zu Wehr zu setzen.



Rechtsextremismus und Wahlen im Unterricht

Wie kann man eine Unterrichtseinheit zum Thema Rechtsextremismus im Kontext von Wahlen aufbauen? Es geht darum, Schülerinnen und Schüler zu befähigen sich kritisch mit rechtsextremen Gedankengut auseinanderzusetzen. Wenig nachhaltig wäre es, eine isolierte, auf bloße Faktenvermittlung ausgerichtete Stunde zu diesem Thema anzubieten. Zu den Kompetenzschwerpunkten, die entwickelt werden können, treten je nachdem, wie Sie Ihren Unterricht organisieren möchten, die abrechenbaren Wissensbestände. Hier bietet sich die Möglichkeit, bei Bedarf auch Leistungserhebungen vorzunehmen, um das Thema als bewertungsrelevanten Bestandteil in einen Stoffverteilungsplan einzubinden. Dazu gehört z.B. das Wissen um das Wahlrecht an sich, die Parteienlandschaft sowie Kenntnisse um rechte Parteien, Wertvorstellungen und die Chiffren, die sie verwenden. All dies könnte im Vorlauf zur Teilnahme an der Juniorwahl in Form einer Projektwoche oder kompletten Unterrichtseinheit bearbeitet werden.

Neutralität

In Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen wird insbesondere im Vorfeld von Wahlen häufig die Befürchtung geäußert, dass man durch eine Behandlung des Themas das Neutralitätsgebot verletzt. Selbstverständlich ist, dass man keine Werbung für eine Partei betreibt oder explizit davor warnt, sie zu wählen.

Ebenso selbstverständlich ist aber auch, dass man als Lehrer offensiv für die im Grundgesetz verfasste Werteordnung eintritt. Dazu gehört es, Inhalte und Standpunkte zu benennen, die im Widerspruch zu dieser stehen. Auf solche Kontroversen einzugehen, ist wünschenswert und entspricht auch den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses in der politischen Bildung.

Bedingungsgefüge

Eine gründliche Analyse des Rahmens, in dem Unterricht Rechtsextremismus und Wahlen behandelt, hat das Ziel, das Thema adressatengerecht aufarbeiten zu können.

1. Was muss ich über meine Zielgruppe wissen?

.....> Altersgruppe

- Je älter die Lerngruppe, desto größer sollte der Anteil der Lehrinhalte sein, die auf Analyse- und Urteilskompetenz aufbauen. Z.B. könnten Ausschnitte aus Wahlprogrammen der Parteien miteinander verglichen werden. Geht es um rechtsextreme und rassistische Positionen, bieten sich neben dem NPD-Wahlprogramm auch Beispiele aus dem Internet (Youtube, Facebook etc.) oder Reden von NPD-Politikern in den Landtagen Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens an.

.....> Vorwissen

- Da rechte Parteien oft mit Chiffren arbeiten, um ihre Ansichten rechtssicher äußern zu können bzw. besser Anschluss an die politische Mitte finden, ist es wichtig, die Begrifflichkeiten und Argumentationsmuster rechter Parteien zu kennen sowie auf Hintergrundwissen zu den angesprochenen Themen zurückzugreifen. Es nützt wenig, ein Programm zu analysieren, wenn Schüler oder Lehrer sich allein auf die Argumentationslinien von Rechtsextremen beziehen.
- Rechte Argumentationsmuster greifen auf Themen zurück, über die sehr emotionale Debatten geführt werden und bei denen es gelingt, auf vorhandene Ressentiments in der Mitte der Gesellschaft aufzubauen. Hierzu gehören Themen wie der Euro, die EU, Migration und Integration, sexueller Missbrauch von Kindern, die Verwendung von Steuermitteln, die internationalen Finanzmärkte und ihre Krisen usw.

.....> persönliche Betroffenheit

- Sind in der Lerngruppe Betroffene von Diskriminierung, muss entsprechend behutsam mit dem Thema Rechtsextremismus umgegangen werden. Es kann aber auch eine Chance für die Betroffenen sein,

sich persönlich einzubringen und für die Lerngruppe, mit einem authentischen Fall deutlich vor Augen geführt zu bekommen, was eine Wahlentscheidung für eine rechte Partei als praktische Konsequenz für ihre Mitschüler bedeuten könnte. Dies einschätzen zu können, setzt jedoch ein sehr vertrauensvolles Verhältnis zwischen Lehrer und Schülern voraus.

- Sind in der Lerngruppe Jugendliche, die rechtsaffin sind, ist es sinnvoll, sie mit Fakten und Widersprüchen zu rechten Parteien und ihrer Argumente zu konfrontieren. Es ist wenig aussichtsreich, hierbei moralisierend zu reagieren oder mit dem Verweis darauf, was alles verboten ist. Rechtsextremes Gedankengut bedeutet nicht automatisch eine Sympathie für rechte Parteien. Es kann vorkommen, dass Schülerinnen oder Schüler sich rechts verorten, die NPD z.B. aber ablehnen.
- Rassistisches Gedankengut findet sich auch bei Migranten oder Schülern, die für sich selbst Rechtsextremismus ablehnen. Dies ist einer der Gründe dafür, warum es nicht ausreicht, sich nur mit rechten Parteien und dem Neonazismus zu befassen, sondern die verschiedenen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vom Rand bis weit in die Mitte der Gesellschaft im Kontext von Wahlen in den Blick zu nehmen.

→ mögliche Anknüpfungspunkte/Interessen/aktuelle Ereignisse

- Musik: Fast alle Jugendlichen konsumieren täglich Musik. Hier gibt es eine unendliche Vielfalt von Textbeispielen, mit denen man Wertevorstellungen thematisieren kann. Ein Vergleich mit Textbeispielen rechter Bands ist eine Möglichkeit, die Wertevorstellungen rechter Parteien – z.B. anhand der „Schulhof-CDs“ – aufzuarbeiten.
- Weitere ergiebige Themenfelder sind z.B. Sport, rechte Aufmärsche oder Vorfälle im persönlichen Umfeld der Schüler.

2. Welche Leitziele soll die Unterrichtseinheit haben?

Die Unterrichtseinheit sollte Faktenwissen zum Rechtsextremismus mit dem Schwerpunkt rechte Parteien vermitteln. Im Zuge der Arbeit sollte es Ziel sein, die Schüler in ihren Analyse- und Urteilskompetenzen zum Thema zu stärken.

→ Vermittlung von Faktenwissen: Vorurteile, Stereotypen, Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, rechtsextreme Parteien

→ spezielles, anlassbezogenes Wissen zur Wahl (Bundestag, Landtag, Europa)

→ Erwerb, Ausbau oder Festigung von Kompetenzen

Ziel hierbei ist, das Schülerinnen und Schüler Handlungskompetenz erwerben, die sie befähigen, sich angemessen zu rechten Äußerungen und Wahlkampfslogans zu verhalten. Sie sollen motiviert werden, in alltäglichen Gesprächssituationen auf Stereotypisierung, Vorurteile oder Versatzstücke rechter Argumentationsmuster reagieren können.

→ Analysekompetenz

- politische Programme untersuchen und vergleichen
- Erkennen rechter Argumentationsmuster
- Entschlüsselung rechter Chiffren
- Identifizierung von Stereotypen, Vorurteilen, Verschwörungstheorien

→ Urteilskompetenz

- Bewertung programmatischer Aussagen hinsichtlich der Vereinbarkeit mit Grundrechten
- Einschätzung rechter Argumentationsmuster
- Bewertung der Anknüpfungspunkte rechter Argumentationsmuster zu gesellschaftlichen Diskursen

Modul	Inhalt	Leitfragen	Methode	Materialhinweise
1	Ansprache von Erst- und Jungwählern: Die Schulhof-CD	<ul style="list-style-type: none"> • Assoziationsrunde zu Erscheinungs- und Organisationsformen des Rechtsextremismus • Welche Lebensbereiche/Themen werden angesprochen? • Wie werden diese gedeutet? • Welche Elemente des Rechtsextremismus kommen in dem Lied zum Tragen? • Vervollständigung „Dimensionen des Rechtsextremismus“ 	Gruppenarbeit	<p><i>Argumentationshilfe zur Schulhof-CD:</i> www.miteinander-ev.de/index.php?page=73&modaction=detail&modid=297</p> <p><i>Literaturtipp:</i> www.jugendschutz.net/materialien/erlebniswelt_re.html</p>
2	Die Ideologie der extremen Rechten: Partei- und Wahlprogramme	<ul style="list-style-type: none"> • Welche Fragen werden angesprochen? • Welche Antworten werden angeboten? • Wie lassen sich die Inhalte deuten? 	Gruppenarbeit	<p><i>Materialien der NPD:</i> www.npd.de/html/1939/artikel/detail/2065/</p>
3	Das Agieren rechtsextremer Mandatsträger in den Parlamenten	<ul style="list-style-type: none"> • Analyse des Verhältnisses von Inhalt der Provokation und formaler Reaktion • Erarbeitung der Phasen der Eskalation des Konflikts um das Tragen von Thor-Steinar-Kleidung • Meinungsbild und Argumente zu Thor Steinar im Parlament erheben und moderieren • Handlungsalternativen des Landtagspräsidenten erörtern <p><i>Stellen Sie zunächst für das Video differenzierte Beobachtungsaufgaben:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Beobachten und bewerten Sie in Stillarbeit das Verhalten der NPD Fraktion. • Beobachten und bewerten Sie in Stillarbeit das Verhalten des Landtagspräsidenten. <p><i>Erarbeitung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Fordern Sie die Schüler auf, Ihre Beobachtungen zu schildern und zu bewerten. • Spiegeln Sie den Schülern die Wirkung der von Ihnen vorgeschlagenen Handlungsalternativen der genannten Akteure. • Diskutieren Sie mit den Schülern die Gesamtwirkung des Videos auf Ihre Auffassung parlamentarischer Procedere. 	<p>Einzel- und/oder Gruppenarbeit</p> <p>Diskussion im Klassenverband</p>	<p><i>NPD-Eklat im Sächsischen Landtag:</i> www.youtube.com/watch?v=yPwezy52pCU</p> <p><i>Literaturtipp:</i> www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Hingucken/Menuepunkt6/21.12.10_npd_in.kt.pdf</p>
4.1	Vorbereitung/ Durchführung Juniorwahl	Gemäß Vorschlägen der Juniorwahl		
4.2	Selbständige Dokumentation/ Analyse rechter Wahlwerbung	<ul style="list-style-type: none"> • Wahlplakate, Netzpräsenz etc. dokumentieren, auf Stereotypen und Vorurteile analysieren 	Einzelarbeit, Gruppenarbeit	z.B.: http://www.npd.de/themen/
5	Auswertung Juniorwahl	<ul style="list-style-type: none"> • Wie hat unsere Schule gewählt? • Welche Gemeinsamkeiten/Unterschiede gibt es zur Bundestagswahl? 		
5.1	Optional: Leistungserhebung Rechtsextremismus und Wahlen		Portfolio Rechts- extremismus und Wahlen	

Begrich, Pascal /Weber, Thomas /Roth, Roland:

Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts

Magdeburg 2010

www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Hingucken/Menuepunkt6/21.12.10_npd_in.kt.pdf

Brodkorb, Mathias /Schlotmann, Volker (Hg.):

Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin 2008

Hessische Landeszentrale für politische Bildung /jungenschutz.net:

klickt´s - Geh Nazis nicht ins Netz!

Sonderausgabe für die Zentralen für politische Bildung in Deutschland 2009

In der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt auch in Klassensätzen erhältlich.

Kirschner, Michael:

Der sächsische Landtag als Bühne der NPD: Thematik und Politikstil einer rechtsextremen Fraktion

Wiesbaden 2009

Langebach, Martin /Raabe, Jan:

RECHTSROCK und RECHTER TERROR

Sonderausgabe für die Landeszentralen für politische Bildung in Deutschland 2013

In der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt auch in Klassensätzen erhältlich.

Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. (Hg.):

Argumente. Eine Entgegnung auf Schulungsmaterial der NPD

Magdeburg und Halle (Saale) 2009

<http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=73&modaction=detail&modid=194>

Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. /Argumente & Kultur gegen Rechts e.V. (Hg.):

Argumentationshilfe gegen die „Schulhof-CD“ der NPD Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2011

Magdeburg und Bielefeld 2011

www.miteinander-ev.de/index.php?page=73&modaction=detail&modid=297

Röpke, Andrea /Speit, Andreas (Hg.):

Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft

Berlin 2012

Virchow, Fabian /Dornbusch, Christian (Hg.):

88 Fragen und Antworten zur NPD:

Strategie und Auftreten einer Rechtspartei und was Demokraten dagegen tun können

Schwalbach 2007

Wagner, Wolf:

Die Rechtsextremen sagen ...

Eine Publikation der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen 2012

In der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt auch in Klassensätzen erhältlich.

Faltkarte der Kampagne „Hingucken und Einmischen“: Styles und Codes des Rechtsextremismus

4. überarbeitete Auflage Magdeburg 2012

In der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt auch in Klassensätzen erhältlich.

Brief der NPD an Schülervertretungen



Michael Schäfer, Otto-Spielmann-Str. 65, 38820 Halberstadt

An die Schülervertretung
Sekundarschule
W.-Heilige-Str. 75
D - 38218 Schönebeck

Der 28-jährige gebürtige Wernigeröder ist Stadtrat in seiner Heimatstadt und Vorsitzender der NPD-Kreistagsfraktion im Harz. Er leitet die Jugendbewegung „Junge Nationaldemokraten“ und studiert Politikwissenschaft an der Universität in Halle.

MICHAEL SCHÄFER

LIEBE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER,

in Sachsen-Anhalt tobt gerade der Landtagswahlkampf. Die Politiker der Altparteien tun das, was sie am besten können: Sie versprechen den Menschen, was sie gerade hören wollen. Die korrupte politische Klasse folgt so einem reinen Machterhaltungstrieb!

Wer sich in Sachsen-Anhalt umsieht, der weiß, dass für alles Geld da ist, außer für die Jugend und damit die Zukunft unseres Bundeslandes. Schulen, Kitas, Bibliotheken, Jugendclubs, Sportplätze und Unis gehen weiter leer aus, während jeder Blödsinn gefördert wird. Milliarden werden in marode Banken, die bürokratische EU, in den abgewirtschafteten Euro, in sinnlose Auslandseinsätze und in die gescheiterte Multi-Kulti-Gesellschaft gesteckt, während man in einigen Familien nicht weiß, wie man den Kühlschrank vollkriegen soll.

Außerdem sorgen die Vertreter der Altparteien dafür, dass sich unsere Freiheit täglich Stück für Stück verabschiedet und der Staat uns immer mehr unsere Bürgerrechte nimmt.

Nicht nur ich bin besorgt über den Mangel an Zukunftschancen für junge Menschen in Sachsen-Anhalt. Es kann nicht sein, dass wir unsere Heimat verlassen müssen, weil die Politik es nicht schafft, für ordentliche Rahmenbedingungen zu sorgen. Wer heute eine Familie gründen will, der sieht sich oft mit schlechten Arbeitsbedingungen und Niedriglöhnen konfrontiert, von denen man gerade so leben, aber bestimmt keine Familie ernähren kann.

►► **Auch beim Thema Bildung haben die Altparteien - und sie alle haben in Sachsen-Anhalt schon regiert- nicht viel zu bieten. Immer mehr Schulen werden geschlossen, es gibt immer weniger Lehrer und bei der Jugendförderung in Schulen und Vereinen wird immer mehr gespart.**

Die Politiker der Altparteien empfehlen: Geh doch zur Bundeswehr und stirb irgendwo auf der Welt schlechtbezahlt im Krieg für Öl und Wall-Street. Wir sind die einzigen, die das sinnlose Verheizen von jungen Menschen und die zahlreichen Kriegseinsätze überall auf der Welt ablehnen. Einsätze, bei denen auch schon junge Soldaten aus Sachsen-Anhalt umgekommen sind.

»» **Es müssen wieder echte Werte in Schule und Politik vermittelt werden. Kennt Ihr auch das Problem, dass das Lernklima leidet, weil einige lieber den verblödeten Ami-Ghetto-Gangster spielen, als sich um die Zukunft zu kümmern?**

Mir stinken diese Zustände! Deshalb möchte ich mit Euch darüber diskutieren. **Terminvereinbarung unter: 03941 – 620 60 92.** Ich suche mutige Schulen, die nicht auf das Gezeter der „political correctness“ reinfallen und noch Lust auf interessante Diskussionen mit mir haben. Gerne bringe ich Euch den Spitzenkandidaten der NPD zur Landtagswahl **Matthias Heyder** mit. Dann könnt Ihr ihm persönlich auf den Zahn fühlen und selbst herausfinden, was uns von den überalterten Blockparteien unterscheidet. Ich freue mich auf Eure Antwort und auf spannende Diskussionen.

Euer

Michael Schäfer

PS: Übrigens haben wir unseren Comic „Enten gegen Hühner“ neu aufgelegt und verteilen ihn zusammen mit unserer neuen Schulhof-CD „Gegen den Strom“. Wenn wir auch mal an deiner Schule vorbei schauen sollen, dann sag uns einfach Bescheid. Wenn wir nicht eh schon da waren ;)

Der selbständige Unternehmer Matthias Heyder ist Spitzenkandidat der NPD zur Landtagswahl. Heyder ist 38 Jahre jung, verheiratet und lebt in seiner Geburtsstadt Elbingerode im Harz.




www.npd-sachsen-anhalt.de | info@npd-sachsen-anhalt.de | 03941-620 60 92

Beispiel für Interventionen in der Schule:

Diesen Brief schickte die NPD im Landtagswahlkampf 2011 an die Schülervertretungen der Schulen in Sachsen-Anhalt.

Sächsischer Landtag
5. Wahlperiode

DRUCKSACHE 5 / 12193

Antrag

der NPD-Fraktion

**Thema: Landeserziehungsgeld für sächsische Familien erhalten und ausbauen –
Informationspolitik in der Kinderbetreuung verbessern**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu berichten,

1. welche Folgen das Inkrafttreten des Bundesbetreuungsgeldes am 1. August 2013 auf bisherige Bezieher des sächsischen Landeserziehungsgelds haben wird und wie diese darüber informiert werden,
2. wann und welche Informationen an die Jugendämter der Landkreise und Kreisfreien Städten, zur zukünftigen Verfahrensweise in Sachen Landeserziehungsgeld und Bundesbetreuungsgeld übermittelt wurden,
3. wie sich die jährlichen Ausgaben und Inanspruchnahmen seit Einführung des Landeserziehungsgeldes entwickelt haben,
4. ob eine parallele Zahlung von Bundesbetreuungsgeld und Landeserziehungsgeld geplant ist,
5. wie derzeit über das Landeserziehungsgeld informiert wird,
6. ob eine Abschaffung des Landeserziehungsgeldes nach Einführung des Bundesbetreuungsgeldes geplant ist,

b.w.

Dresden, den 17.06.2013


Dr. Johannes Müller, MdL
Stellv. Fraktionsvorsitzender, PGF

Eingegangen am: 18. JUNI 2013 Ausgegeben am: 19. JUNI 2013

Zum Antrag der NPD: Plenarprotokoll des Sächsischen Landtages Nr. 5/80, S. 8328f

http://www.landtag.sachsen.de/dokumente/sitzungskalender/PIPr5_80.pdf

Sächsischer Landtag, 5. Wahlperiode – 80. Sitzung, 10. Juli 2013**Tagesordnungspunkt 7:**

Landeserziehungsgeld für sächsische Familien erhalten und ausbauen – Informationspolitik in der Kinderbetreuung verbessern

Drucksache 5/12193, Antrag der Fraktion der NPD

Holger Apfel, NPD:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ab dem 1. August 2013, also ab nächstem Monat, soll das Bundesbetreuungsgeld gezahlt werden, also eine Unterstützung für Familien, die ihre Kinder in den ersten Jahren ganz bewusst zu Hause erziehen wollen. In Sachsen wird für diesen Zweck ein Landeserziehungsgeld gezahlt, eine gute Idee in einem Bundesland, das so massiv mit sinkenden Geburtenraten zu kämpfen hat.

Umso verwunderlicher ist es, dass die Regierung Tillich genau dieses Landeserziehungsgeld in den Jahren 2013 und 2014 um jährlich 7,6 Millionen Euro streicht. 7,6 Millionen Euro weniger für junge Familien, 7,6 Millionen Euro weniger im Kampf gegen den demografischen Wandel, 7,6 Millionen Euro weniger für die Zukunft Sachsens. Das Kalkül ist klar. Auch wenn es die Staatsregierung auf mehrere Nachfragen der NPD nicht zugeben will: Man möchte sich am kommenden Betreuungsgeld des Bundes finanziell gesundstoßen. Warum sollte man ein Landeserziehungsgeld gewähren, wenn man den Bund zahlen lassen kann?

Deutlicher wurden nur die Genossen der SPD in ihrem familienfeindlichen Haushaltsantrag – Zitat –: „Durch die Einführung des Betreuungsgeldes ist kein selbstständiges Landeserziehungsgeld mehr notwendig.“ Dieselbe SPD, die ankündigt, bei einer eventuell gewonnenen Bundestagswahl das Bundesbetreuungsgeld sofort abzuschaffen und über das SPD-geführte Hamburg sogar verfassungsrechtlich dagegen klagt, will eine ähnliche Leistung auf Landesebene streichen und begründet das mit einer bundespolitischen Maßnahme, die sie selbst massiv bekämpft. Schizophren, kann man dazu nur sagen.

(Beifall bei der NPD)

Entweder geht man bei der SPD selbst davon aus, dass man die Bundestagswahl im September bereits abgesehen hat, oder die Sozialdemokraten wissen nicht, was sie tun.

Wieder einmal jedenfalls müssen die Bürger unter Planlosigkeit leiden. Was die Genossen aber offensichtlich wissen, ist, wofür sie die bei den Familien gestrichenen 15,8 Millionen Euro investieren wollen: natürlich in die üblichen Anti-rechts-Klimbimprojekte, die die eigene Klientel mit Arbeit versorgen, und Gender-Mainstreaming-Gleichschaltung, die den Sachsen diktieren soll, wie sich linke Ideologen die kaputte Familie von morgen vorstellen.

Die GRÜNEN haben wieder einmal auch kein Herz für die sächsischen Familien. Sie wollen die Mittel für Kleinkinder in diesem Jahr um 5 Millionen Euro und im Jahr 2014 komplett streichen, weil das realitätsferne Frauenbild der GRÜNEN nicht begreifen kann, dass sich Mütter eben doch oftmals gern der Erziehung ihrer Kinder widmen und so ihren Genderblödsinn widerlegen.

(Beifall bei der NPD)

Die GRÜNEN wissen auch, wie sie die fast 26 Millionen Euro, die sie den jungen Familien genommen haben, gutmenschengerecht einsetzen. So sollen allein 800 000 Euro an minderjährige Flüchtlinge gehen, 80 000 Euro für eine Einbürgerungsbroschüre verschwendet werden, eine Million Euro für Genderquatsch verbraucht und natürlich reichlich Mittel für Anti-rechts-Programme ausgegeben werden. Schauen wir einmal, ob Sie in diesem Wahlsommer so ehrlich sind und den jungen deutschen Familien sagen, dass sie unter Ihren ideologischen Projekten zu leiden haben sowie rote und grüne Genossen zuerst bei ihnen sparen wollen.

Doch die familienfeindliche Politik der linken Fraktionen ist nichts gegen die Politik von CDU und FDP. Nicht nur, dass sie unsere komplett gegenfinanzierte Erhöhung des Landeserziehungsgeldes bei den Haushaltsberatungen auf 30 Millionen Euro abgelehnt haben, sie kürzen es seit Jahren beispiellos zusammen. Statt mitzuhelfen, den Geburtentrend endlich massiv umzukehren, setzt man den Rotstift an. Das ist widersinnig in einem Bundesland, in dem die Überalterung droht.

Wenn man aufgrund des demografischen Wandels wie wir Druck macht und fragt, warum Sie den sächsischen Kindern immer weniger Geld zukommen lassen, bekommt man widersinnige Antworten. Das ist zum Beispiel der Fall bei einer unserer Fragen an die Tillich-Regierung, warum die Inanspruchnahme in den von 50 % im Jahr 2004 auf 37 % im Jahr 2009 gesunken ist, die Ausgaben für das Landeserziehungsgeld von 31,3 Millionen Euro im Jahr 2004 auf 19,1 Millionen Euro im Jahr 2011 gesunken sind und es im Jahr 2004 16 367 Fälle und im Jahr 2011 nur noch 3 196 Fälle gab. Auf all diese Fragen antworten Sie, dass man es nicht wisse.

Wenn wir Sie fragen, wie Sie für diese wichtige familienpolitische Maßnahme werben, antworten Sie mit folgendem Satz – ich zitiere: „Die Staatsregierung publiziert das Landeserziehungsgeld mit Flyern und im Internet.“ Das war es.

Nun soll das Abkommen in dem Monat, in welchem das Betreuungsgeld auf Bundesebene eingeführt wird, eingeführt werden. Wir vermuten, dass nach den Kürzungen der letzten Jahre nun auch bei CDU und FDP das Landeserziehungsgeld auf der Streichliste steht. Deswegen haben wir den vorliegenden Berichtsantrag auf die heutige Tagesordnung gesetzt, weil wir hierzu von der Staatsregierung und allen Fraktionen endlich eine Stellungnahme erwarten. Wir wollen Folgendes wissen: Wie werden Sie mit den Zuschüssen für Familien umgehen? Wie haben Sie die Betroffenen und Jugendämter bisher eingebunden? Wenn Sie sich einmal die Mühe gemacht und mit den Jugendämtern in den Kreisen und kreisfreien Städten Kontakt aufgenommen hätten, wüssten Sie, welche Verunsicherungen es dort zurzeit gibt.

Zwei Fragen sind für uns von zentraler Bedeutung: Bleibt das sächsische Landeserziehungsgeld in gleicher Höhe parallel zum Bundesbetreuungsgeld erhalten? Wie wollen Sie dafür sorgen, dass mehr Familien vom Landeserziehungsgeld Gebrauch machen und diese Maßnahme endlich mehr in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt wird?

Vor unseren Kleinen Anfragen und Nachfragen haben Sie sich bisher immer wieder gedrückt. Deswegen wollen wir hier und heute eine Antwort. Seien Sie sich sicher, dass wir Sie an Ihre Versprechen erinnern werden, wenn Sie wieder einmal den Rotstift bei unseren sächsischen Familien ansetzen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Pascal Begrich

Historiker

Geschäftsführer des Miteinander e.V.

Tobias Jaeck

Politikwissenschaftler

Mitarbeiter des Zentrums für Sozialforschung an der Martin-Luther-Universität Halle

Bernd Labza

Studienrat Englisch/Ethik

derz. im MK Sachsen-Anhalt, Referat Demokratiebildung/Politische Bildung

Martin Langebach

Sozialwissenschaftler, Experte für rechtsextreme Jugendkultur und insbesondere Rockmusik

Autor zahlreicher Fachpublikationen

Anne Mehrer

Sozial- und Kulturwissenschaftlerin

Mitarbeiterin im regionalen Beratungsteam Süd bei Miteinander e.V.

Jan Raabe

Dipl.-Sozialpädagoge, Experte für rechtsextreme Jugendkultur und insbesondere Rockmusik

Autor zahlreicher Fachpublikationen

Andreas Speit

Sozialwissenschaftler, Journalist, Rechtsextremismusexperte

Autor zahlreicher Fachpublikationen, z. B. zur Strategie der NPD, zum militanten und zum europäischen Rechtsextremismus

Rechtsextremismus und Wahlen Eine Handreichung für Pädagoginnen und Pädagogen zur Juniorwahl 2014

Herausgeber:

Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Miteinander e.V., Kumulus e.V.

Redaktion:

David Begrich, Cornelia Habisch, Pascal Begrich

Layout:

Sentinus Verlag

2. Auflage; Magdeburg, Berlin, 2014

1. Auflage: Magdeburg, Berlin, 2013

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeber dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Die Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Herausgeber veröffentlicht. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben politischer Informationen oder Werbemittel.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt
Schleiufer 12, 39104 Magdeburg
Tel.: +49 (0)391 567-6463
Fax: +49 (0)391 567-6464
E-Mail: politische.bildung@lpb.stk.sachsen-anhalt.de
www.lpb.sachsen-anhalt.de

